

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

9 (11.1.1913) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkasseler 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Herr Bassermann am Scheideweg.

Die Gegensätze in der nationalliberalen Partei haben sich neuerdings so zugepointet, daß sie zu einer Entscheidung drängen. Herr Bassermann versucht zwar, dieser Entscheidung aus dem Wege zu gehen. In einem Artikel der „Bad. Landeszeitung“ wird den beiden Flügeln der Rat gegeben, die Versuche, das Kommando der nationalliberalen Partei an sich zu reißen aufzugeben. Sollen diese nur der Ausbau der programmatischen Grundlagen der nationalliberalen Partei, denn das Seidelberger Programm genüge nicht mehr für die Bedürfnisse der neuen Zeit.

Dieser Vorschlag zeugt von einer ungewöhnlichen politischen Naivität. Bestände die Möglichkeit, die nationalliberale Partei auf eine neue programmatische Grundlage zu stellen, Herr Bassermann hätte den Versuch dazu längst gemacht. Die Zusammenfassung der nationalliberalen Partei läßt es aber als ausgeschlossen erscheinen, ihr überhaupt eine programmatische Grundlage zu geben, dazu sind die in ihr vorhandenen Gegensätze viel zu groß. Gewiß bestehen auch in den übrigen Parteien Gegensätze, aber sie haben nicht entfernt die Bedeutung, wie die Gegensätze in der nationalliberalen Partei, die überhaupt und schon lange keine grundsätzliche Basis mehr hat. Die nationalliberale Partei wird nur noch durch geschichtliche Erinnerungen notdürftig zusammengehalten. Sowohl für sie als für die ganze deutsche Politik kann es nichts Besseres geben, als daß die ebenso notwendige als unumgängliche Trennung von den Rechtsliberalen so bald als möglich vollzogen wird. So lange diese Trennung nicht erfolgt, wird der deutsche Liberalismus keinen politisch entscheidenden Einfluß erringen und ebensowenig kann die so notwendige politische Neuorientierung durchgeführt werden. Der Nationalliberalismus hängt wie ein großes Bleigewicht an der politischen Entwicklung. Das weiß die Reaktion und sie gibt sich deshalb die größte Mühe, die nationalliberale Partei in ihrer heutigen Zusammenfassung zu erhalten. An sich könnte es den Konservativen ja viel erwünschter sein, wenn die Rechtsliberalen, die im Grunde genommen politisch immer zu den Konservativen gehörten, auch formell den Anschluß an diese vollziehen würden. Allein vom tatsächlichen Standpunkt aus betrachtet, sind die Rechtsliberalen den Konservativen als nationalliberale Hilfstruppen viel wertvoller, denn als Parteigenossen. So lange die nationalliberale Partei dieses Bleigewicht der Rechtsliberalen mit sich schleppt, bleibt der Liberalismus politisch ohnmächtig und die Sozialdemokratie in der politischen Führung. Nur auf dieser Basis kann die Reaktion ihrer politischen Herrschaft immer wieder eine Gasglocke sichern. Nichts begrifflicher deshalb, als daß sowohl die Konservativen wie das Zentrum sich die erdenklichste Mühe geben, den Einfluß der rechtsstehenden Elemente in der nationalliberalen Partei zu stärken.

Die politische Entwicklung im Reich sowohl als in den Bundesstaaten drängt zu einer klaren Entscheidung. Diese so lang als irgend möglich hinauszuschieben, ist für die Reaktion ein Lebensinteresse. Daraus allein erklärt sich der unbändige Haß, mit welchem Zentrum und Konservative den Großblock verfolgen und das Bemühen, die Verteidiger dieses Großblocks bei ihren Parteigenossen in Mißkredit zu bringen. Dabei kommt der Reaktion die politische Kurzsichtigkeit vieler Gegner des Großblocks in den Reihen des Liberalismus und der Sozialdemokratie sehr zu statten. Wer mit nur einigermaßen objektiver Blick die politische Situation überblickt, kann sich unmöglich der Tatsache verschließen, daß in den nächsten zwei Jahrzehnten weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie allein die Reaktion zu überwinden vermögen. Das gilt ebenso für das Reich als auch für alle größeren Bundesstaaten. Eine gegen die Reaktion gerichtete Politik ist nur denkbar auf der breiten Basis wirklich liberal-demokratischer Grundsätze. So lange die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen sind, bleibt die Reaktion am Ruder, wie immer auch zahlenmäßig die politische Vertretung im Parlament zusammengefaßt sein mag, denn die Reaktion politisch überwinden wollen heißt doch nichts anderes, als eine andere aktionsfähige Mehrheit an ihre Stelle legen. Da aber weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie von sich aus eine parlamentarische Mehrheit in absehbarer Zeit zu erringen vermag, bleibt nichts anderes übrig, als eine liberal-sozialistische Koalitionsmehrheit zu schaffen. Dem steht aber die nationalliberale Partei in ihrer heutigen Zusammenfassung im Wege. Der deutsche Liberalismus wird durch die nationalliberale Partei fortgesetzt kompromittiert. Es ist für den Liberalismus einfach unmöglich, mit den Rechtsliberalen zusammen die programmatische Grundlage zu schaffen, ohne welche eine Koalitionsmehrheit gegen die

Reaktion undenkbar ist. Der Nationalliberalismus in seiner heutigen Zusammenfassung macht auch die Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage, die den gordischen Knoten der deutschen Politik bildet, unmöglich. Das alles weiß die Reaktion nur zu gut und richtet ihr Verhalten darnach ein. Wo wie in Baden die Entwicklung in der Richtung zu der politischen Neuorientierung am weitesten fortgeschritten ist, spielt die Reaktion bei den Wahlen va banque. Wir werden bei den im Spätjahr stattfindenden Landtagswahlen in dieser Beziehung „blanc Wunder“ erleben, wenn die Gegner der Reaktion nicht auf der Hut sind und die Schachzüge des Zentrums durchkreuzen.

Es gibt aus dieser Situation für die Nationalliberalen keinen andern Ausweg, als den der Abstoßung der Rechtsliberalen. Hat Herr Bassermann dazu nicht den Mut, nun dann werden von den Wählern die nicht mehr lange zu verschiebende Operation vorzunehmen müssen. Was dann noch von der nationalliberalen Partei übrig bleiben wird, ist unklar zu erraten.

Wenn die „Bad. Landeszeitung“ gestern schreibt, die nationalliberale Partei sei in den materiellen Fragen der Politik nie so einig gewesen wie heute, so ist das ein großer Selbstbetrug. Die Gehe gegen Bassermann kommt doch nicht von ungefähr. Wenn die „Landeszeitung“ meint, es komme weniger darauf an, mit wem man Politik mache, als was für eine Politik gemacht werden soll, so ist das an sich durchaus richtig. Da aber keine der vielen Parteien die Politik alleine machen kann, so läuft die Fragestellung schließlich doch immer wieder darauf hinaus: Mit wem die Politik gemacht werden soll. Da beginnt der Riß in der nationalliberalen Partei. In bezug auf diese Frage, die mit jedem Tage aktueller wird, ist der Gegensatz in der nationalliberalen Partei unüberbrückbar. Alle andern Parteien wissen, mit wem sie die Politik machen sollten und mühten, nur die nationalliberale Partei weiß es nicht. Darin wurzelt ihr Verhängnis und das der deutschen Politik. Hätten wir einen Liberalismus der seiner politischen und historischen Mission gewachsen wäre, die Reaktion hätte schon längst auf dem letzten Loch geputzt.

Die veruneinigten Regierungen.

Um die Einigkeit der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie nicht zu stören, will der Reichskanzler von einer Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer, wie sie vom Reichstag verlangt wird, absehen. Darüber ist es aber zu einer erheblichen Störung der Einigkeit unter den verbündeten Regierungen gekommen. Daß die Konferenz vom 4. Januar mit einem vollständigen Fiasko endete, ist schon gemeldet worden. Die in Chemnitz erscheinende „Allgemeine Zeitung“ bringt jetzt über die Konferenz angehend auf sächsischen Informationen, nähere Angaben. Sie versichert, daß die Konferenz mit einer vollständigen Scheidung der Geister geendet habe. Auf der einen Seite hätte Preußen mit den Kleinstaaten, aber ohne die freien Reichsstädte gestanden, auf der anderen Seite die übrigen Staaten. Preußen habe allerdings etwa 31 Stimmen im Bundesrat hinter sich, also eine knappe Mehrheit, falls Herr v. Bethmann-Hollweg seinen Willen mit Gewalt durchsetzen wolle.

Gegen die vom Reichskanzler vorgelegene Vermögenszuwachssteuer nimmt das Chemnitzer Blatt in lebhaftester Weise Stellung. Der Reichstag, so meint es, würde diese Zuwachssteuer ohne viel Federlesens in eine reine Reichsvermögenssteuer verwandeln. Dagegen müssen aber die Bundesstaaten, die auf ihre Selbstständigkeit Wert legen, den schärfsten, entschiedenen Widerstand leisten.

Die Auffassung der „Allgemeinen Zeitung“ ist insoweit richtig, als wenigstens die Sozialdemokratie ihr Neuhäufes aufstehen würde, um die Vermögenszuwachssteuer durch eine wirkliche Vermögenssteuer zu ersetzen. Der Selbstständigkeit der Einzelstaaten wäre damit kein Eintrag getan, da es in ihrer Hand läge, sich durch Erhebung von Zuschlägen zu dieser Reichssteuer neue Einnahmequellen zu sichern.

Leberhaupt ist der ganze Streit, Erbschafts- oder Vermögenssteuer, nicht angebracht. Angesichts der drohenden neuen Rüstungsforderungen wird der Reichstag, wenn er nicht abermals die Schultern der Schwachen belasten will, auf keine dieser beiden Steuern verzichten können.

Ein neues Vereinsgesetz in Oesterreich.

Wien, 9. Januar.

Der österreichische Parlamentarismus mahlt recht langsam, aber vor dem Schluß jeder Tagung pflegt das Abgeordnetenhaus ein Gesetz zu beschließen, das einen Fortschritt darstellt. In der letzten Sitzung vor dem neuen Jahre wurde ein neues Vereinsgesetz angenommen, das für die politischen Vereine die stärksten Geminnisse befreit, die ihnen das geltende Gesetz bereitet. Das neue Gesetz ist wie fast ausnahmslos die wenigen in Oesterreich geschaffenen, die ein Mehr an sozialer Reform oder poli-

tischer Freiheit bringen, unmittelbar die Frucht der Tätigkeit der Sozialdemokratie.

Inbesondere den sozialdemokratischen Frauen kommt ein großer Anteil an dem Verdienste zu. Sie waren bisher von dem Rechte ausgeschlossen, politischen Vereinen anzugehören; gegen diese Fessel haben sie sich heftig gewehrt, und die Frauenfrage der letzten zwei Jahre galten zum großen Teile der Beseitigung dieser Ungleichheit.

Der hauptsächlichste Nachteil des bisherigen österreichischen Vereinsgesetzes sind die Fuzhangeln, die es den politischen Vereinen legt. Das Gesetz unterscheidet zwischen politischen und anderen Vereinen, ohne daß es sagt, was das Wort „politisch“ bedeutet. Da nun das Gesetz für die politischen Vereine so mannigfache Schranken aufrichtet, daß es solche Vereine mit großer Mitgliederzahl bis vor kurzem in Oesterreich gar nicht gab, sind heute alle Vereine, die das öffentliche Leben beeinflussen wollen, der Form nach „nicht politisch“. Sie haben nämlich in den Statuten den Satz, daß „Politik“ ausgeschlossen sei. Dadurch laufen sie aber Gefahr, daß sie, sobald der Regierungswind scharf bläst, als „politisch“ erklärt und aufgelöst werden. Einen in der Praxis wahrnehmbaren Unterschied zwischen politischen und nicht politischen Vereinen gibt es aber tatsächlich nicht, was deutlich daraus hervorleuchtet, daß die Vereine, die die Herde des Nationalismus sind, in allen Nationen durchweg „unpolitisch“ sind. Die einfachste und auch gründlichste Reform wäre nun gewesen, die für die politischen Vereine geltenden Sonderbestimmungen aufzuheben und damit jeden Unterschied zwischen den Vereinen zu beseitigen. Das verlangte auch der sozialdemokratische Antrag, der zu dem neuen Gesetz führte. So gründliche Arbeit, wie sie die Sozialdemokraten forderten, wurde nun nicht geleistet, aber trotzdem ist das, was erreicht wurde, ein Fortschritt.

Das alte Gesetz verbietet den Frauen, sich an politischen Vereinen zu beteiligen. Diese Beschränkung ist nun vollständig gefallen; die Frauen werden den Männern völlig gleichgestellt. Das bisherige Gesetz schließt auch die Ausländer von politischen Vereinen aus; auch das wird beseitigt. Aber auch der männliche Ausländer unter 24 Jahren durfte nicht Mitglied eines politischen Vereins sein; das hört ebenfalls auf. Allerdings kann nach dem neuen Gesetze die Regierung verfügen, daß einem bestimmten politischen Vereine Ausländer und Personen unter 21 Jahren nicht angehören dürfen. Damit nun diese Bestimmung den Gewerkschaften nicht gefährlich werden könne, wurde dazu gefügt: „Von Vereinen, deren Tätigkeit die Wahrung von Landes- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder zum Gegenstande hat, können jedoch Personen unter 21 Jahren nicht ausgeschlossen werden.“

Eine Ausnahme zu Ungunsten der politischen Vereine gegenüber den anderen ist nur die, daß politische Vereine, wenn sie „vorwiegend aus Ausländern bestehen oder mit ausländischen Vereinen in einem Verbandsverhältnisse stehen“, aufgelöst werden können, ohne daß sie eine Geschuldigkeit begangen hätten. Praktische Bedeutung dürfte diese Bestimmung kaum erlangen.

Die Benachteiligung der politischen Vereine gegenüber den anderen lag bisher auch darin, daß politische Vereine nicht in Verbindung treten und keine Zweigvereine (Ortsgruppen, Zahlstellen) errichten durften, daß sie ferner die Namen und Adressen aller ihrer Mitglieder der Polizei bekanntzugeben hatten. Diese reaktionären Vorschriften sind nun bis auf den Rest beseitigt, daß die politischen Vereine, wenn die Behörde verlangt, innerhalb einer Woche Mitgliederverzeichnisse vorlegen müssen.

Daß die Agitation der Sozialdemokratie für die Reform des Vereinsrechtes die ganze öffentliche Meinung erobert hat, wird dadurch bewiesen, daß das neue Gesetz, zu dessen Referenten der Ausschuß des Genossen Bernersdorffer gewählt hat, im Abgeordnetenhaus ohne Debatte und einstimmig angenommen wurde. Die deutsche sozialdemokratische Partei in Oesterreich hat schon vor einigen Jahren begonnen, ihre politische Organisation auf die politischen Vereine zu stützen — trotz den Geminnissen des reaktionären Gesetzes. Sobald das neue Gesetz Geltung erlangt haben wird, wird die politische Organisation des Proletariats ganz auf die politischen Vereine gestellt sein.

Deutsche Politik.

Die Eröffnung des württembergischen Landtags erfolgte Donnerstag im Sitzungssaal der Zweiten Kammer durch den König mit einer Thronrede, welche als erste und wichtigste Aufgabe die Feststellung des Etats für die nächsten zwei Jahre bezeichneter. Mit Befriedigung wird auf den wohlgeordneten Stand der Finanzen hingewiesen. Die Hebung der Lebensansprüche aller Kreise des Volkes und das gleichzeitige Sinken des Geldwertes erfordert größere Mittel. Die Ausgaben für kulturelle und Wohlfahrtszwecke seien ständig gestiegen. Es werden heute Wünsche erfüllt, denen zu entsprechen früher für unmöglich gegolten hätte. Diesen Fortschritt ermöglicht die Blüte des Landes. Der Thronredner hofft, daß die eingeschlagenen Wege weiter verfolgt und daß fortgebaut werde an der Vervollkommnung der einzelstaatlichen Einrichtungen. Verprochen wird

heit
findet im
ung
4596
ntlich zu
erstand.
verlust
et in der
zier
llmgegend
4579
hub.

der Weiserausbau der Verkehrswege, die planmäßige Fürsorge für alle Zweige des Unterrichtswesens, die neue Ordnung der inneren Verwaltung, eine Reform der Körperschaftsrechte der Beamten und Unterbeamten, eine Erweiterung des Bestenrechts der Gemeinden und ein Gesetz über die Ordnung des Staatsrechts. Schließlich wünscht die Thronrede die Erhaltung des Friedens.

In unmittelbarem Anschluß an die Eröffnung hielt die Zweite Kammer unter dem Vorsitz des Gen. Tauscher, als Alterspräsident, ihre erste Sitzung. Tauscher begrüßte die Abgeordneten und wies auch auf die seit Monaten drohende Kriegsgefahr hin. Oberste Aufgabe jeder demokratischen Volksvertretung sei, den leichtfertigen Friedensstörern in den Weg zu treten und für Sicherung des Friedens einzustehen. Daneben sei die Aufgabe der Volksvertretung, der sozialen Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken und allen, sich aus der modernen Entwicklung ergebenden Bedürfnisse des Volkes entgegenzukommen. Hierbei müsse für die Hauptbedürfnisse der Wahlbevölkerung: Suprema lex solu populi. Die Ansprache wurde von der linken Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer steht die Präsidentenwahl.

Der elsäß-lothringische Etat für 1913 schließt mit 7 583 622 M ab und weist damit gegen das Vorjahr ein Mehr von zwei Millionen auf, die durch Verkauf von Staatsseigentum und die Söberanlehnung von Steuererträgen gedeckt werden. Der Dispositionsfonds des Reichsstatthalters ist um 30 000 M gekürzt. Der kaiserliche Gnadenfonds bleibt mit 100 000 M unverändert. Um die Repräsentationskosten des Statthalters, die nach dem Beschluß des Landtags von 200 000 auf 100 000 M reduziert werden sollten, wird sich wieder ein Kampf entspinnen, da die Regierung diese Position ungekürzt gelassen hat.

Vom bremischen Bürgerchaftsreform. Die bremische Bürgerchaft lehnte es am Mittwoch ab, der sozialdemokratischen Fraktion einen Sitz im Präsidium (Schriftführer) zu überlassen.

Die Kämpfe in der Fleischsteuerungskommission. Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Notgesetzes zur Fleischsteuerung (Zollnachlässe für Gemeinden) hielt Donnerstag vormittag endlich nach mehrwöchentlicher Verschiebung der Beratung ihre erste Sitzung ab. Mit dem kleinen Notgesetz sucht die Reichsregierung bekanntlich um die nachträgliche Genehmigung für die unbedeutenden Zollermäßigungen nach, die sie unter dem Druck der Fleischsteuerung im Oktober vorigen Jahres größeren Gemeinden bei der Einführung ausländischen Fleisches (nicht auch für Vieh) gewährt hat. Unsere Kommissionsmitglieder hatten sich mit der Regierung auf den Standpunkt gestellt, daß man die Gemeinden benutzen müsse, um die Preisermäßigungen nicht Geschäftsleuten, sondern den Verbrauchern zugänglich zu machen. Sie ersuchten nun von diesem gemeinsamen Boden aus erweiterte Zollnachlässe, (auch für Vieh) und Einführungsvergünstigungen, sowie eine Aufhebung des berichtigten § 12, des Fleischbeschaffungsgesetzes, zunächst für die kommunale Fleischbeschaffung zu erreichen. Die Genossen Wolfenbühler und Wurm sprachen energisch und ausführlich für diese Erweiterung, Wurm unter geschickter Benutzung der Berliner Erfahrung mit russischem Fleisch. Die Erklärung der Regierung und der bürgerlichen Parteien zeigte aber, daß der alte Zollwucherblock unverändert weiter besteht. Statt der Agrarier und für diese, die gar nicht zu reden brauchen, erschöpften sich die Nationalliberalen (Abg. Wamböf und Arnst) und der Zentrumsmann Giesberts in Liebesversicherungen zur agrarischen Wirtschaftspolitik. Eher würden sie selbst das kleine Notgesetz scheitern lassen, als daß sie einen Stein weiter aus unsem Hochschulzollmannern brechen ließen. Der Regierungsvertreter wies jede weitere Vergünstigung für die Städte, sowie den freisinnigen Antrag auf Anhebung der Futtermittelzölle nicht bloß scharf ab; sondern erklärte auch noch, daß von einer Ersetzung der unbedeutenden Zollermäßigungen für die verhältnismäßig beschränkten Mengen Fleisch die Gemeinden einführen dürfen, über 1914 gar keine Rede sein könne. Unter solchen

Umständen wird bereits die zweite Kommissionsitzung am Freitag die Entscheidung bringen. Der Zollblock wird gerade noch das Notgesetz genehmigen, jede andere Erleichterung der Fleischsteuerung, wie sie die sozialdemokratischen und zum Teil auch die freisinnigen Anträge schaffen wollen, wird abgelehnt werden.

Ausland.

Ungarn.

Zum Wahlrechtskampf der Arbeiterchaft. Eine Vertrauensmännerversammlung der hauptstädtischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beschloß einstimmig, dem außerordentlichen Parteitag eine Resolution vorzulegen, die den allgemeinen Streik während der Verhandlung der Wahlreform im Reichstage fordert. Die Budapester Parteigone bringen an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die gesamte Arbeiterchaft, durch den der allgemeine Streik nicht nur für die hauptstädtischen Arbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterchaft des ganzen Landes für notwendig erklärt wird. Die Arbeiterchaft wird aufgefordert, die Agitation sofort zu beginnen und für den Streik einen Sparpfennig zurückzulegen, da der Streik voraussichtlich längere Zeit dauern werde.

Am Mittwoch fand in Budapest eine Arbeiterlohnerversammlung statt, an der nahezu 10 000 Menschen teilnahmen. Die Versammlung demonstrierte auch gegen das geplante Wahlrecht, da ein Paragraph in diesem Gesetz die Arbeiterlosen entrechtet.

Die „Repszava“ sollte sich am Mittwoch vor dem Geschworenengericht wegen mehrerer Artikel verantworten, in denen Tissa und Lufacs scharf angegriffen wurden. Da die letzten Prozeduren, insbesondere der Prozeß Julius Kovacs, mit einem Freispruch endeten, lehnte es die Staatsanwaltschaft ab, die Prozeduren vor den Geschworenen zu verhandeln und zog in letzter Minute die Anklagen gegen die „Repszava“ zurück.

Italien.

Ist der König wahlberechtigt? Die römische Kommission für die Aufstellung der Wählerlisten hat es für nötig gehalten, den König von Amis wegen als Wähler des Wahlkreises einzutragen, in dem er seinen Wohnsitz hat. Gegen diese Eintragung hat eine römische Zeitung, das „Popolo Romano“, Einspruch erhoben und sie ist in rechtsgültiger Form angefochten worden. Natürlich hat die Frage keinerlei praktischen Wert, da der König nie sein Wahlrecht ausüben wird. Das hindert nicht, daß man sich ziemlich lebhaft mit der Angelegenheit beschäftigt. Von einer Seite macht man geltend, daß die Eintragung des Königs in die Wählerlisten dem gesunden Menschenverstand widerspricht. Der König hat das Recht, die Kammer aufzulösen und einzuberufen; welchen Sinn hat es überhaupt, ihm angeht dieses und anderer aus der Souveränität folgenden Rechte die Möglichkeit zu verleihen, als einer unter 40 000 Wählern eines Wahlkreises Einfluß auf die Regierung auszuüben. Außerdem hat die Kammer die Aufgabe, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren. Für den König, der nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, die Minister, die er für untuglich hält, abzuberufen, wäre es sinnlos, gleichzeitig als Bürger das Recht der Kritik auszuüben. Ein König mit dem Wahlrecht des Bürgers ist also dem Wesen der Dinge und dem Geiste der Verfassung nach ein Absurdum. Rein juristisch betrachtet sieht sich die Sache etwas anders an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der italienische König lesen und schreiben kann, volljährig ist, sich des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte erfreut und daß seine Gesetzesbestimmung ihm das Wahlrecht absperrt. In dem Sinne ist seine Eintragung berechtigt. Schlicht etwa die Zugehörigkeit zu einem der drei Organe der Gesetzgebung: König, Senat, Kammer, die Beteiligung an den Funktionen der anderen aus? Nach italienischem Rechte nicht, denn die Senatoren hüben durch ihre Vertretung in den Senat nicht das Wahlrecht ein. Man muß daher zu dem Schluß kommen, daß dem Vuchstaben des Gesetzes entsprechend auch der König das Wahlrecht hat, daß dieses aber dem Geiste des Gesetzes und der Verfassung widerspricht. Es ist daher ein Widerspruch, in der Eintragung den Beweis demokratischer Gesinnung zu sehen, wie dies von einigen Seiten geschieht. Der König ist Wähler im Kreise des Sozialisten Bierlati, den er einst als Minister berufen wollte.

China.

Ein sozialistischer Kongreß. Aus Nanjing wird berichtet, daß dort kürzlich ein zahlreich besuchter sozialistischer Kongreß stattfand, der die definitive Gründung einer sozialistischen Partei vornahm und die Herausgabe eines eigenen Blattes, „Der chinesische Republikaner“, beschloß.

Badische Politik.

Das Zentrum erklärt der Regierung den Krieg.

Der „Badische Beobachter“ schrieb dieser Tage: „Das Vertrauen zu diesem Ministerium ist unwiederbringlich dahin. Selbst Protestanten zeigen mehr Verständnis für „Rechts- und Ehrenfragen“ der kirchentreuen Katholiken, als unsere katholischen badischen Minister. Die Haltung katholischer Minister in einem zu 60 Prozent katholischen Bundesstaat muß selbstverständlich auf die in katholischen Dingen äußerst rückständigen Vertreter protestantischer Bundesstaaten in Norddeutschland wie eine Rechtfertigung für ihre protestantischen Vorurteile gegenüber den Jesuiten aufgefaßt werden. Darum betonen wir auch immer, daß Baden geradezu eine einzigartige Stellung bezüglich der Jesuitenfrage einnimmt. Sie ist in der Tat schlimmer, als die des rückständigsten protestantischen Bundesstaates.“

Beim Zentrum wird bekanntlich der Brei nie so heiß gegessen, als er gefochrt wird. Möglich, daß Herr Behner auf dem nächsten Landtag noch mehr als bisher mit der Faust auf den Kull schlägt, aber weiter wird die Opposition des Zentrums nicht gehen.

Auf eine Neuwahl im 7. Wahlkreis

(Kehl-Offenburg bereitet sich das Zentrum vor. Am Sonntag wird Herr Wacker in Offenburg über das Jesuitengesetz sprechen. Für diese Veranlassung wird der ganze Bezirk mobil gemacht. Aber auch sonst ist das Zentrum sehr tätig. Seit geraumer Zeit werden fast in allen Orten Zentrumsversammlungen abgehalten. Alle Organisationen — das Zentrum hat ja alles, vom Bidefind bis zu den Greifen, organisiert — sind fieberhaft tätig. Sogar für den Preisrückgang des Labafs werden die Gegner des Zentrums verantwortlich gemacht. Das Zentrum rechnet im Falle einer Neuwahl mit dem Siege seines Kandidaten.

Auskunftsverteilung in Erfindungsangelegenheiten durch das Landesgewerbeamt.

Verschiedene Anfragen geben dem groß. Landesgewerbeamt Veranlassung, folgendes bekannt zu geben: Die beruflichen Berater und Vertreter in Erfindungsangelegenheiten sind die in die Liste des kaiserlichen Patentamtes eingetragenen Patentanwälte.

Unbemittelten in Baden ansässigen Personen kann jedoch durch das Landesgewerbeamt unentgeltlich Auskunft in Erfindungsangelegenheiten (Beschreibung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen, Geschäftsansatzern, Erfindungen und dergleichen) erteilt werden. Es empfiehlt sich, wenn möglich, Auskünfte mündlich im Dienstgebäude des Landesgewerbeamts, Karlsriedstraße 17, einzuholen. Zur Vermehrung von Zeichnungen infolge anderweitiger Inanspruchnahme der Beamten ist es zweckmäßig, sich rechtzeitig vorher schriftlich oder telephonisch beim Landesgewerbeamt anzuwenden. Alle zur Klärung der Angelegenheit dienlichen Unterlagen sind dabei dem Landesgewerbeamt vorzulegen, insbesondere bei Nachschau von Patenten und Gebrauchsmustern eine Beschreibung der Erfindung sowie Skizzen und Zeichnungen der Erfindung vorzulegen. Es empfiehlt sich, die Erfindung vor der Herstellung fertiger Werkstücke und Zeichnungen nicht durch das Landesgewerbeamt nicht statt, dies ist, sofern die Erfinder nicht selbst dazu in der Lage sind, Sache der Patentanwälte.

Um Erfindungen in weiteren Kreisen bekannt zu machen und deren Verwertung zu erleichtern ist das Landesgewerbeamt bereit, in der Badischen Gewerbe- und Handwerberzeitung kurze Beschreibungen der Erfindungen zu veröffentlichen. Bedingung hierfür ist, daß die Erfindungen praktischen Wert besitzen, daß sie durch Patent- oder Gebrauchsmuster geschützt sind und daß der Erfinder in Baden ansässig ist. Die Entschädigung über die Veröffentlichung bleibt für den einzelnen Fall vorbehalten. Sofern in solchen Fällen zur Erläuterung der Erfindung die Beigabe von Abbildungen erforderlich ist, behält sich das Landesgewerbeamt vor, die Kosten für die Lithos von den Erfindern zu erheben. Dem Erfinder steht es dann aber frei, sich von dem betreffenden Artikel Sonderabdrücke anfertigen zu lassen und diese als Prospekte zur Vererbung an Interessenten zu verwenden. Ferner können Modelle von Erfindungen auf einige Zeit in der Landesgewerbehalle zur Ausstellung gelangen. Das Landesgewerbeamt verleiht auf Verlangen an Erfinder kostenlos Prospektur über die 1. Patentrecht, 2. Gebrauchsmusterrecht, 3. Warenzeichenrecht regelnden Gesetze und Ausführungsbestimmungen, ferner 4. Liste der Patentanwälte.

Die Heimfahrt.

Von Max Werner.

(Fortsetzung.)

Kurz darauf schlenderten die beiden Nachtigallen den Gang herauf und trällerten ein Liedchen. Der Steward stellte sich an die Tür und ließ die beiden herankommen. „Na, ihr schönen Kinder, was wollt ihr denn heute abend schnabulieren?“

Die Mädchen waren erstaunt, den sonst so unnahbaren Steward in so freigelegter Stimmung zu treffen.

„Wir danken, wir sind bereits zum Souper eingeladen.“ Josepha sagte es in hochmütigem Ton, worauf beide fröhlich lachten.

„Ich weiß es,“ fuhr der Steward unbeirrt fort, „und es hängt von mir ab, ob ihr etwas Gutes zu essen bekommt.“

„Ach so,“ machte Hermine, „dann bitte, recht viel Raviar.“

Der Steward zeigte ein freundliches Gesicht: „Sörimal, Mädchen, ihr sollt haben, was ihr verlangt, während der ganzen Reise, wenn ihr mir einen Gefallen erzeigt.“

„Ach, das sagen die Männer alle,“ pläzte Josepha heraus.

„Ich will nichts für mich. Ihr sollt meinem Freund etwas mitgen.“

„Ach, dem Albert?“ Hermine zeigte sich sofort hilfsbereit.

„Ihr müßt den Eisbär dahin bringen, daß er den Albert wieder aus der Strafarbeit entläßt. Versprecht ihm dafür sonst etwas und laßt ihn zappeln bis zum letzten Tag der Reise, dann ist mein Freund sicher vor seiner Rache.“

Die Mädchen versprachen, all ihre Pfliffigkeit anzuwenden.

„Versucht, den Eisbären bis gegen neun Uhr in seiner Kabine festzuhalten und sorgt dafür, daß die Tür offen ist.“

„Wozu das alles?“ fragte Josepha.

„Das erkläre ich euch morgen. Wollt ihr ein paar Bananen?“

„Ach ja, bitte.“

Der Steward reichte ihnen zwei schöne große Früchte. Die Mädchen dankten mit holdem Nicken. Sie hatten nur am ersten Tage der Reise Zwischendeckstoft genossen. Dann war es ihnen geglikt, überall etwas Gutes zu erbhaschen; jetzt konnten sie schon gar nicht mehr alles annehmen, was ihnen angeboten wurde. Sie erzählten das lachend ihrem neuen Freund, der ihnen vorschlug, den Kindern und Frauen im Zwischendeck manchmal etwas abzugeben.

„Ja, das werden wir tun,“ stimmte Josepha dem Steward bei. „Der Adolf ist so unverschäm; für einen Apfel läßt er sich zehn Pfennige bezahlen.“

„Soool!“ Der Steward spitzte die Ohren.

„Und gestern abend hat er Delfardinen verkauft, das Stück für 25 Pfennige,“ erzählte Hermine. „Den armen Juden will er sogar Zwiebeln verkaufen.“

Ueber das sonst so gleichgültige Gesicht des Steward ging ein fröhliches Lächeln. Der Adolf verkaufte die Delfardinen, die Moritz in der Messe stibitzte.

Ein Offizier ließ sich am Ende des Ganges setzen und dies veranlaßte den Steward, die Mädchen zu entlassen.

„Macht eure Sache gut,“ flüsterte er ihnen nach.

Bald darauf kam Albert und machte sich fertig zum Serbieren.

„Weißt du, wer hier stibitz,“ fragte der Steward.

„Ja.“

„Der Moritz.“

„Stimmt.“

Albert erzählte, was er gestern von seinem Lager aus erlauscht hatte.

„Wie kommt der Salunke in den Schrank? Ich habe doch den Schlüssel bei mir gehabt.“

„Er hat einen zweiten, der ebenfalls schlüßelt,“ behauptete Albert.

„Na, heute wird die Geschichte geregelt,“ erklärte der Steward nach kurzem Besinnen.

Nach dem Essen rief er Moritz zu sich: „Willst du mir heute einen Gefallen tun?“

„Ja, warum denn nicht?“

„Ich will mit dem da — er zeigte auf Albert — einmal in die zweite Kajüte hinter. Du sollst eine Stunde in der Messe bleiben, für den Fall, es klingelt einer.“

„Ja, ich bleibe da.“ Bereitwillig hatte Moritz zugefagt.

Der Steward verschloß alles und ging mit Albert nach der zweiten Kajüte zu, ging jedoch bald wieder zurück und blieb bei einem Aufgang lauschend stehen.

Moritz hatte den beiden nachgeschaut und nach einer Zeit die Tür geschlossen. Darauf hatte der Steward nur gewartet. Keine trat er aus seinem Verließ hervor, lauschte eine Minute an der Tür und öffnete sie dann mit raschem Griff. Moritz kauerte vor dem Schrank und tranchierte ein riesiges Stück von dem saftigen Schinken.

„Nanu, Moritz, hast du schon wieder Hunger?“ rief der Steward und schloß hinter sich die Tür.

Moritz war aufgesprungen und suchte nach Worten.

„Ich wollte dem franken Matrosen ein Stück abschmeiden,“ stammelte er.

„Du bist ein abgefeimter Schweinehund!“ schrie der Steward und verabschiedete ihm eine Ohrfeige, daß das Messer zu Boden fiel und Moritz an die Wand taumelte.

„Wie kannst du mich schlagen?“ rief er, nachdem er sich vom ersten Schreck erholt hatte. „Jetzt gehe ich zum Ersten und beschwere mich.“

Eigentlich wollte er nur so schnell als möglich aus dem Bereich der großen Hände des Elefantenswards kommen. Dieser aber faßte ihn bei den Schultern und zwang ihn mit kräftigem Druck, sich auf einen der Drehstühle der Tafel zu setzen.

„Jetzt bleib einmal ganz ruhig sitzen und höre gut zu, was ich dir sage. Du hast gestohlen — halt dein Maul jetzt — und das gestohlene Gut an die Zwischendecker verkauft. Du bist mit einem fremden Schlüssel in den Schrank hier eingedrungen. Wenn ich zum Ersten gehe, weißt du, was geschehen wird. Ich will dich aber nicht unglücklich machen — denn du würdest in Hamburg dem Gericht überliefert werden —, sondern du wirst jetzt tun, was ich dir sage, und die Geschichte bleibt unter uns. Morgen schreibst du die Badekammern, pußt die Bullen-

Formulare zur Anmeldung von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen, 6. Broschüre „Warnung für Erfinder“, 7. Muster für einen Lizenzvertrag, 8. Broschüre „Prüfung der Schutzfähigkeit an Erfindungen“.

In Baden befinden sich folgende Auslagestellen von Deutschen Patentschriften: Freiburg: Handelskammer; Furtwangen: großh. Uhrmacherschule; Karlsruhe: großh. Landesgewerbeamt; Patentschriften können nur außerhalb Karlsruhe wohnende Personen und auch an diese nur auf kurze Zeit und in beschränkter Zahl eventuell gegen Hinterlegungsgebühr ausgeliehen werden.

Das deutsche Warenzeichenblatt liegt im Großherzogtum Baden an folgenden Stellen auf: Freiburg: Handelskammer; Furtwangen: Filiale des Landesgewerbeamts; Heidelberg: Handelskammer; Karlsruhe: Handelskammer, Landesgewerbeamt, Technische Hochschule; Lahr: Handelskammer; Mannheim: Handelskammer; Pforzheim: Handelskammer.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Jan. Am Bundesratssitz: die Staatssekretäre Dr. Delbrück, Lisco und Kräfte. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung kurz nach 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Großh. badische Ministerium des Innern einen auf den 11. Dezember 1912 in Pforzheim angeführigen Vortrag eines Jesuiten mit dem Thema: „Die Wahrheit über den Jesuitentum“ verboten hat?

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Großh. badische Ministerium des Innern hat auf die Ankündigung des für den 11. Dezember in Pforzheim zu haltenden Vortrages des Jesuitenpaters Cohausz über das Thema: „Die Wahrheit über den Jesuitentum“ dem Genannten und dem Veranstalter des Vortrages eröffnen lassen, der Vortrag dürfe nicht gehalten werden, da angenommen werden müsse, daß das religiöse Gebiet berührt werden würde.

Die Entscheidung darüber, ob die Annahme selbst zutrifft, so fuhr der Staatssekretär fort, steht nicht dem Reichskanzler zu. Hierüber haben allein die zuständigen Landesbehörden im geordneten Instanzenweg zu entscheiden. Es kann nicht in Rede gestellt werden, daß die Entscheidung für den vorliegenden Fall gegenüber der in Baden bisher geübten Praxis als eine gewisse Verschärfung gewirkt hat.

Die Schwierigkeit für eine gleichmäßige Handhabung der Vorschriften liegt weniger in ihrer Auslegung als vielmehr darin, daß ihre Durchführung im einzelnen Falle sich in der Regel auf vorübergehende Maßnahmen wird beschränken müssen. Da in den Vorschriften des Gesetzes und der Verordnung der Reichsdruck einer Strafbestimmung fehlt, so kommt es bei der Durchführung immer darauf an, wie nach der Annahme der zur Entscheidung berufenen Behörde der voraussetzliche Inhalt des Vortrages zu beurteilen sein würde.

Aus dem wesentlichen präventiven Charakter des Einschreitens erklärt es sich auch, so schloß der Staatssekretär, daß die Behörden in Fällen, in denen bei geringer Abweichung in der Abfassung des Themas und gegenüber der Verschärfung des Wortes, das religiöse Gebiet nicht berührt zu werden, keinen Anlaß gefunden hat, den Vortrag in Straßburg zu verbieten. Solche Ungleichheiten in der Handhabung der Vorschriften würde keine — wie immer auch laudende — Fassung des Bundesratsbeschlusses vollständig hindern können.

Wenn der Herr Reichskanzler am 4. Dezember 1912 ausgeführt hat, daß es nicht Zweck und Absicht des Bundesratsbeschlusses vom 28. November 1912 gewesen sei, die bestehende Praxis zu ändern, so hat er die bisher im allgemeinen übliche

ruhige und zurückhaltende Handhabung im Auge gehabt. Die hierüber bei den Bundesregierungen bestehende Einigkeit rechtfertigt die Erwartung, daß auch künftighin die Handhabung der Vorschriften von dem gleichen Geiste getragen sein möge.

Auf die Anfrage des Abg. Werner-Gießen, über die Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen, erwidert Ministerialdirektor Dwaal: Die Zulassung von Ausländern ist Sache der Einzelstaaten, der wir die größte Aufmerksamkeit widmen. Die Absicht einer gesetzlichen Regelung besteht nicht.

Auf die Anfrage des Abg. Koch (Soz.) über die Typhusepidemie beim Eisenbahnregiment in Hanau, erwidert General-Oberarzt Schulz: Daß die Epidemie durch Unreinlichkeit in der Küche entstanden sei, trifft nicht zu. Sie wird wahrscheinlich eingeschleppt sein. Anfangs kamen nur Erkrankungen der Armungswege vor. Es ist gelungen, die Krankheit auf ihren Herd zu beschränken.

Auf die ergänzende Anfrage des Abg. Koch, ob es zutreffend sei, daß die Epidemie durch Unsauberkeit der in der Küche beschäftigten Personen entstanden sein könnte, erwiderte General-Oberarzt Schulz, er habe seinen bisherigen Feststellungen nichts mehr hinzuzufügen.

Darauf wird die Beratung der Denkschrift über die Organisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.

Abg. Ruchhoff (Zentr.): Die Denkschrift entspricht nicht den Erwartungen aller Beamten. So fühlen sich die Oberpostsekretäre und Postmeister zurückgesetzt, die aus der Klasse der oberen in die der mittleren Beamten herabgedrückt wurden. Auch die Postangestellten sind nicht zufrieden, namentlich nicht mit der Gehaltsfrage. Für die Unterbeamten verlangen wir eine Aufbesserung der Gehälter, die mindestens 1200 bis 1800 Mark betragen müssen.

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Es ist wünschenswert, daß die Verwaltung den vom Reichstag geäußerten Wünschen nachginge. Zum wenigsten hätte die Postverwaltung angeben müssen, warum sie auf unsere Forderungen nicht eingehen zu sollen glaubt. Härten und Unbilligkeiten in der Besoldungsordnung müssen beseitigt werden. (Sehr richtig!) Man sollte die Affizienten, die nicht Sekretäre werden können, nicht herabdrücken. Der Reichstag sollte die Mittel für die Beamten einstellen, um ihnen das Fortwärtkommen zu ermöglichen. Den Unterbeamten muß die Möglichkeit geboten werden, in besser bezahlte höhere Stellen einzutreten. Das Wohnungsgeld sollte differenziert werden, je nach der Stärke der Familie. (Sehr richtig!) Der Beamtenstand kann vor alle nur unseren Dank für ihre Arbeitsfreudigkeit aussprechen. Geben wir ihnen einen auskömmlichen Gehalt! (Leb. Beifall.)

Abg. Dertel (kons.): In Bezug auf die Besoldungen stimmen wir größtenteils mit dem Vordere überein. Das gute Herz des Staatssekretärs wird es nicht ablehnen, den älteren Affizienten die gewünschte Zulage zu gewähren. (Heiterkeit.) Theoretisch unterschreibe auch ich die Forderung nach Aufbesserung der Unterbeamten; wie sie in die Praxis umgesetzt werden soll, bleibt zu prüfen. Sympathisch ist mir der Gedanke der „Kinderzulagen“. Besondere Wünsche hätte ich für die Postangestellten, die noch immer nicht Beamte sind, und für die Postverwalter nach Gleichstellung mit den gehobenen Affizienten. Mit der Vermehrung der Postgehilfen sind wir nicht ganz einverstanden. 18 000 weibliche Postbeamte nehmen mindestens 10 000, 12 000 oder 18 000 Männern die Stellung und verhindern sie dadurch, einen Hausstand zu gründen. (Sehr richtig!) Die Unzufriedenheit unter den Beamten leugnen wir nicht; sie ist in gewissen Grade nicht unberechtigt. Neben einer begründeten Inzuffriedenheit gibt es eine grundsätzliche, die Gemeingut der Menschheit ist. Mit dem allgemeinen Inhalt der Denkschrift sind wir einverstanden. Andererseits müssen die noch vorhandenen Härten beseitigt werden, und daran wollen wir mitarbeiten. In dem Wohlwollen für die Postbeamten lassen wir uns von keiner Partei in den Schatten stellen.

Abg. Hubrich (Fortf. Sp.): Die Denkschrift geht in erster Linie die mittleren Beamten an, dann die Unterbeamten. Die Abnancementsmöglichkeiten für die Affizienten sind unzulänglich. Die Besoldung der Postbeamten ist im Vergleich mit den anderen Beamtenkategorien ungenügend. Die Ueberhöflichkeit werden auf Kosten der Beamten gemacht. Die Unterbeamten sind für das, was die Verwaltung für sie getan hat, dankbar und hofft, daß auch ihre weiteren berechtigten Wünsche nicht zu Schaden werden.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Abg. Frhr. v. Gomy (Reichsp.): Die Gleichstellung der Landbriefträger mit den Schaffnern ist nötig. Denn sie haben einen schweren Dienst. Bei den Postaffizienten soll der Bildungsgang anders geregelt werden. Bei der Masse der Postaffizienten wäre eine anderweitige Dienstverteilung sehr wohl möglich. Viele Funktionen dieser Masse sind derartig, daß sie von weiblichen Angestellten oder Unterbeamten erledigt werden könnten. Das Verhältnis der Affizientenstellen zu den Sekretärstellen muß schon jetzt gesetzlich geregelt werden. Für die Militärämter ist das Fortkommen bei der Postverwaltung sehr erschwert.

Staatssekretär Kraeffe: Ich freue mich, daß fast alle Redner den Postbeamten ihre Anerkennung ausgesprochen haben. Das entspricht auch meiner Auffassung. Ferner danke ich auch für die Zurückhaltung der Kritik, die an der Denkschrift geübt worden ist. Auf die einzelnen Anregungen oder Angriffe will ich in der Kommission näher eingehen; auf ein paar Anregungen muß ich jedoch hier gleich eingehen: Ich kann nicht anerkennen, daß bei den Vorrückungsverhältnissen Mängel bestehen, jedoch die Beamten nicht zu ihrem Rechte kämen. Wenn Sie einen Vergleich zwischen den Post- und den anderen Beamten ziehen und in Betracht nehmen, welche Anforderungen wir an die Bewerber stellen, dann werden Sie zugeben, daß die Postlaufbahn nicht schlecht ist. Die Denkschrift hat nichts zu verfehlern. Ich verweise mich aber gegen die Kritik des Abg. Hubrich, als ob die Verwaltung „mit Behagen und Wonne“ die Schilderung von einzelnen Zuständen gegeben habe. Woher kommt der Mut in der Zeitung des Affizientenverbandes, zu behaupten, die Verwaltung nütze das Examen aus, um die Affizienten durchfallen zu lassen? Früherlang es in dem gleichen Organ ganz anders. Unsere Maßnahmen können sich nicht darum kümmern, ob sie allen Teilen angenehm sind. Für uns gelten allgemeine Gesichtspunkte. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Reformp.): Eine große Missetzung unter den Postbeamten kann nicht geleugnet werden. Die Kunst des Sparsen scheint in der Postverwaltung ganz besonders geübt zu werden. Das ist höchst bedenklich. Was sagt der Kriegsminister zu der Methode seines Kollegen, durch vermehrte Anstellung von weiblichen Beamten die Militärämter zurückzubringen?

Abg. Winkler (Lohr.): Die Postbeamtegehälter müssen so geregelt werden, wie es der Reichstag wiederholt verlangt hat. Die große Anzahl der weiblichen Angestellten ist eine unerfreuliche Erscheinung.

Abg. Werner-Hersfeld (Reformp.): Die Klagen der Unterbeamten sind nicht ohne Berechtigung. Fünf Ästel der Affizienten haben damit zu rechnen, daß ihnen ein weiteres Vorrücken unendlich ist.

Abg. Hubrich: Der Staatssekretär hat meine Kritik für unzulässig erklärt. Dem gegenüber darf ich entschieden betonen, daß es nicht seine Sache ist, darüber zu entscheiden, sondern Sache des Herrn Präsidenten. (Leb. Sehr richtig! links.) Von meinen Worten nehme ich kein Jota zurück! Durch den Herrn Staatssekretär werde ich mich in meiner weiteren Tätigkeit nicht betreten lassen.

Staatssekretär Kraeffe: Nach wie vor muß ich eine derartige Kritik für unzulässig bezeichnen. Es ist nicht zulässig, die Verwaltung zu verächtigen, als ob sie unzulässige Mittel ihren Beamten gegenüber benutzte. (Anbaltend. Leb. links.) Meine Kritik erkläre ich noch einmal für unzulässig.

Präsident Dr. Kaempf: Der amtierende Vizepräsident hat die Worte des Abg. Hubrich als zulässig betrachtet und ist deshalb nicht dagegen eingeschritten. Ich muß diesen Standpunkt des Vizepräsidenten Dobe als vollständig begründet bezeichnen. (Leb. andauerndes Brorufen links.)

Damit schließt die Debatte. Die Denkschrift geht an die Budgetkommission. Es folgt die erste Lesung der Novelle zum Handelsgesetz (Konkurrenzklause). Staatssekretär Lisco unter anschließender Einrede im Haus: Anerkannt worden ist, daß mit der Konkurrenzklause den Gehilfen vielfach ein weiteres Fortkommen weit über die berechtigten Interessen der Prinzipale hinaus, erschwert wird. In Zukunft sollen die Konkurrenzbestimmungen nur angewendet werden, wenn eine unbillige Erleichterung des Fortkommens des Gehilfen ausgeschlossen ist. Auf länger als drei Jahre darf sich die Beschränkung nicht erstrecken.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Nächste Sitzung morgen mittag 12.50 Uhr. Außerdem Jugendgerichte. — Schluß 1/2 12.

Aus der Partei.

Jöhlingen, 10. Jan. Am Sonntag, 12. Jan., nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Möhl“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabg. Gen. Kurz aus Jöhlingen sprechen wird. Die Tagesordnung lautet: Bericht über die Tätigkeit des badischen Landtags. Parteigenossen, sorgt für guten Besuch der Versammlung!

Der Fall Kinkel. In der Sitzung des Göttinger Gemeinderats haben die bürgerlichen Gemeinderäte eine Erklärung ab, die sich gegen unseren Genossen Kinkel richtet. Unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge bei der Ortskrankenkasse erwarten die Bürgerlichen, daß Kinkel die Konsequenzen ziehe und sein Gemeinderatsmandat niederlege. Sollte Kinkel trotzdem wieder in einer Sitzung des Gemeinderats oder einer Kommission erscheinen, so wollen die bürgerlichen Vertreter Kinkel persönlich und seine Ausführungen unberücksichtigt lassen.

Schlitten, zwei Rosse, 28 Hunden und Vorräten für 100 Tage auf dem Pol entgegen. Drei Wochen lang arbeiteten sie sich unter den furchtbaren Schwierigkeiten vorwärts, bis am 6. April 1895 die höchste nördliche Breite erreicht war, die bis dahin ein menschlicher Fuß betreten hatte. Die Schilderung Nansen über jenen demütigen Augenblick, da man bei 86 Grad 14 Minuten nördlicher Breite das Zelt aufschlug, um dem furchtbaren Schneesturm jenes Tages zu trotzen, ist berühmt geworden: „Hier liegen wir, fern draußen im Norden, zwei düstere, schwarze, schmutzbedeckte Barbaren, und türen Suppe in einem Kessel, von allen Seiten von Eis umringt; von Eis und nichts anderem — von leuchtendem weissen Eis, das all jene Kleinlichkeit besitzt, die wir entbehren. Ich, es ist viel zu rein. Unsere Augen schweifen zum Horizont, um irgend einen dunklen Punkt zu finden, auf dem der Wind ausströmen könnte, doch umsonst. Alle Bögel scheinen heute verschunden zu sein, nicht einmal ein fröhlicher Keiner ist geblieben.“ Auf der Rückreise haben die beiden Forscher dem Tod mehr als einmal in die Augen gesehen, haben den ganzen Sommer über auf dem Eise gelebt, und erst im Herbst erreichte man wieder Land: Franz-Josefs-Land. Johansen hat noch an manchen anderen Expeditionen in die Welt des ewigen Eises teilgenommen, aber seine stolze Erinnerung blieb doch stets jene Fahrt mit Nansen und jener 17. Juni, da sie auf der Geinleise Kapitän Jackson, den Leiter der Hornswoorth-Expedition, trafen und sich als gerettet ansehen durften.

Der Kampf um „Paris“. Die Familie Wagner ist mit ihrem Generalstab ausgerückt, um die in Monte Carlo geplante Klüftung des „Paris“ zu verhindern. Das dortige Theater will indes nur vor geladenem Publikum spielen, so daß ihm nicht beizukommen ist. — Der entragene Wagnerianer Prof. Arthur Seidl schlägt in einem Aufruf vor, einen Wahreuther Stipendienfonds zu sammeln, aus dessen Zinsen sämtliche Wahreuther Plätze aufgekauft und an Würdige gratis vergeben werden sollen.

Die Ministerfrage. Vom Dekan der medizinischen Fakultät in Heidelberg wurde bezüglich der Ministerfrage folgendes Schreiben an schwarzen Bret der Universtität abgeschlagen: „Im Interesse eines geordneten Ganges der medizinischen Studien ist bestimmt worden, daß Studierende zum Praktizieren in den Universtitätsklinik und Polikliniken erst dann zugelassen werden dürfen, wenn sie die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben.“

Der Kampf um „Paris“. Die Familie Wagner ist mit ihrem Generalstab ausgerückt, um die in Monte Carlo geplante Klüftung des „Paris“ zu verhindern. Das dortige Theater will indes nur vor geladenem Publikum spielen, so daß ihm nicht beizukommen ist. — Der entragene Wagnerianer Prof. Arthur Seidl schlägt in einem Aufruf vor, einen Wahreuther Stipendienfonds zu sammeln, aus dessen Zinsen sämtliche Wahreuther Plätze aufgekauft und an Würdige gratis vergeben werden sollen.

Die Ministerfrage. Vom Dekan der medizinischen Fakultät in Heidelberg wurde bezüglich der Ministerfrage folgendes Schreiben an schwarzen Bret der Universtität abgeschlagen: „Im Interesse eines geordneten Ganges der medizinischen Studien ist bestimmt worden, daß Studierende zum Praktizieren in den Universtitätsklinik und Polikliniken erst dann zugelassen werden dürfen, wenn sie die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben.“

Die Ministerfrage. Vom Dekan der medizinischen Fakultät in Heidelberg wurde bezüglich der Ministerfrage folgendes Schreiben an schwarzen Bret der Universtität abgeschlagen: „Im Interesse eines geordneten Ganges der medizinischen Studien ist bestimmt worden, daß Studierende zum Praktizieren in den Universtitätsklinik und Polikliniken erst dann zugelassen werden dürfen, wenn sie die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben.“

Die Ministerfrage. Vom Dekan der medizinischen Fakultät in Heidelberg wurde bezüglich der Ministerfrage folgendes Schreiben an schwarzen Bret der Universtität abgeschlagen: „Im Interesse eines geordneten Ganges der medizinischen Studien ist bestimmt worden, daß Studierende zum Praktizieren in den Universtitätsklinik und Polikliniken erst dann zugelassen werden dürfen, wenn sie die ärztliche Vorprüfung innerhalb des Deutschen Reiches oder eine entsprechende Prüfung im Auslande vollständig bestanden haben.“

augen und hilft dem Albert, wo du nur kannst. Fragt dich Stelzner oder ein anderer, dann sagst du, du machst das nur aus Gefälligkeit. Wenn du etwas zu essen haben willst, bekommst du, soviel als nur möglich; wagst du es aber, dem Adolf wieder etwas hinunterzuschleppen, so hau ich dich braun und blau. So, jetzt weißt du, was du zu tun hast, und nun kein Wort mehr darüber. Mach, daß du rauskommst.“

Zerfnürrt und mit gesenktem Kopf verließ Morik die Messe. Der Steward schloß den Sarg und steckte auch den zweiten, Morikens, Schlüssel zu sich.

Kurz vor neun Uhr kam Albert. „Jetzt schließe ab und bringe den Schlüssel an Ort und Stelle.“ sagte der Steward und ging seiner Wege, ohne den ihm fragend nachblickenden Kameraden weiter zu beachten. Was hatte der nun wieder? Wollte er auch nichts mehr von ihm wissen? Albert schüttelte den Kopf, drehte das elektrische Licht ab und schloß die Tür.

Reise aufstretend — wie an jedem Abend — näherte er sich der Kabine des Eis-Maschinen. Reife griff er nach der Linde und öffnete die Tür — ein heller Lichtstrahl drang ihm entgegen. Verblüfft, mit offenem Munde, blieb er stehen. Hinter dem kleinen Tisch auf dem kurzen Sofa saß der Eisbär, und rechts und links von ihm je eine der lieblichen Nachtigallen. Josephine hatte den Mund voll guter Worte, Germinie hatte Eiscreme und lachte laut auf, als sie dem verdutzten Burjchen ins Gesicht sah.

Witend sprang der Maschinist auf: „Unverschämter Kerl, wie können Sie sich unterstehen, hier einzutreten, ohne anzuklopfen?“

„Ich handle nach der Vorschrift des Herrn Stelzner.“ antwortete Albert in festem Tone. Er hatte seine Ruhe wieder erlangt und war entschlossen, die Situation für sich auszunutzen. „Jeden Abend lege ich ohne Geräusch den Schlüssel auf den Tisch, um Sie nicht im Schlafe zu stören. Gätte ich natürlich geahnt, daß —“

„Machen Sie jetzt, daß Sie hinauskommen!“ riefte der Maschinist und Albert schloß die Tür und entfernte sich. Hinter ihm tönte das Gelächter der Nachtigallen. Was hatten die Gänse denn zu lachen? Einen bessern gleich-

Geschmack hätte er ihnen auch zugetraut, sich in den Eisbär zu verlieben!

Kopfschüttelnd stieg er in seinen Schlafrum hinauf. Er war todmüde und legte sich gleichgültig neben seinen schmardenen Nachbar. Was würde ihm wohl der Eisbär für die heutige Episode wieder einbroden? Mit diesem Gedanken schlief er ein und träumte von den Nachtigallen, wie sie auf dem obersten Deck saßen und lustig sangen und fiderten, und er rang mit dem Eisbär um den Schlüssel zur Messe.

(Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Von der deutschen Südpolar-Expedition. Der Walfischfänger „Deutschland“ von der Expedition Filchner ist in Vucnos Aires aus der Antarktis angekommen. Dr. Filchner ist bei 67 Grad 35 Min. südlicher Breite und 80 Grad westlicher Länge auf Land gestoßen, das er Prinzregent-Luitpold-Land taufte. Es wird im Westen von einer großen Eisbarriere begrenzt, die Dr. Filchner Kaiser-Wilhelm-Land nannte. Dr. Filchner wird im Dezember wieder in die Antarktis reisen, nachdem er sich von neuem verproviantiert hat. Der Kapitän der „Deutschland“, Wähler, ist vor der Rückkehr einem Herzleiden erlegen. Der Gesundheitszustand der übrigen Teilnehmer ist gut. Das Prinzregent-Luitpold-Land erstreckt sich bis zum 79. Grad südlicher Breite.

Nansens Begleiter. Der Tod eines bekannten Polarforschers wird aus Kristiania gemeldet. Frederik Hjalmar Johansen, Nansens treuer und aufopferungsvoller Gefährte bei der berühmten Expedition des „Fram“ in den Jahren 1893-96, ist gestorben. Johansen diente damals als Leutnant in der norwegischen Armee, als aber Nansens Plan bekannt wurde, rüstete er sich bis er unter die kleine Mannschaft der „Fram“ aufgenommen worden war; als Heizer zog er mit hinaus nach Norden, und Anwärter, der bei der Meise als Ingenieur wirkte, war sein unmittelbarer Vorgesetzter. Als am 5. Januar 1896 die „Fram“ vom Eise umschlossen wurde und Nansen erkannte, daß er mit seinem Schiff nicht weiter nach Norden würde vordringen können, sagte er den Entschluß an seiner kleinen Schiffsbesatzung. Und Johansen wurde sein Begleiter. Am 14. März brachen die beiden Männer mit drei-

Kommunalpolitik.

Zur Bürgermeistereiwahl in Liebolsheim wird uns geschrieben: Wenn wir über den Ausgang der am 30. Dezember 1912 in unserem Orte stattgefundenen Bürgermeistereiwahl noch eine kleine nachträgliche Betrachtung anstellen, so liegt es uns dabei fern, wenn auch die Wahl nicht so ausfiel, wie wir gewünscht hätten, den Anschein zu erwecken, als hätten wir geglaubt, den Sieg an unsere Fahne heften zu können.

Wir vereinigten als jüngste und kleinste Partei die zweitgrößte Stimmengahl, 63, auf unseren Kandidaten. Die Zahl ist zwar kleiner als jene, die wir bei der Reichstagswahl erzielten, jedoch müssen eben Kommunalwahlen anders bewertet werden, als andere Wahlen, z. B. Reichstagswahlen.

Einen unerfreulichen Abschluß fand der Wahltag dadurch, daß es noch eine Schlägerei gab. Bei eingetretener Dunkelheit wurden Stimmen laut: „Dieser Sozzenbande wollen wir es heute noch zeigen!“ Es kam gegen 11 Uhr zu Keilereien, deren Anführer einige teutsche Turner und ein Rädereingemeinderat waren.

Für unsere Genossen wird der Ausgang der Wahl und die Vorkommnisse bei derselben nur ein Ansporn sein, trotz des Gefährs der Gewer, desto kräftiger für unsere Sache einzutreten, desto kräftiger für unsere Sache zu agitieren.

Wähler der Wahltag in Öbbrichen. Vor einigen Tagen fanden in Öbbrichen die Neuwahlen zum Bürgerausschuß statt. In der 3. Klasse wurden 8 Parteigenossen mit 54-59 Stimmen gewählt; die Gegner kamen auf 36-41 Stimmen.

Bürgerausschußwahlen in Wühl. Bei den gestrigen Bürgerausschußwahlen der 2. Klasse für 6 und 3 Jahre erhielt das Zentrum 12 und die Liberalen 8 Sitze.

Das Schnellbahnprojekt Heidelberg-Mannheim. Wie schon kurz mitgeteilt, hat sich ein Komitee gebildet zur Förderung des Planes einer elektrischen Schnellbahn Mannheim-Heidelberg. Eine schon vor drei Jahren in Heidelberg abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dem Schnellbahnprojekt.

Ein annehmbares Geschenk. Der in München verstorbene Privatier Alfred Brisch vermachte seiner Heimatgemeinde Tillingen, Amt Eppingen, seine hier liegenden Güter und 50 000 Mark bares Geld, zusammen 120 000 Mk. Die Zinsen sollen dem Gemeindehaushalt zugute kommen.

Eine Schulbahnlinie soll nach Nürnberg Vorbild in Mü nchen eingerichtet werden. Den verlangten Jahresbeitrag von 1,50 Mk. für ein Schullind haben von 68 000 deshalb bezogen Eltern 35 000 zugesagt, 31 000 ihn verweigert, während die übrigen unentschlossen sind oder gar nicht antworteten.

Freie Straßenbahnfahrt für Rädt. Kollegien. Der Magistrat von Nürnberg ist mit allen gegen eine Stimme dem Beschlusse des Gemeindefiskus beigetreten, wonach dessen 60 Mitglieder Freifahrten für die Benutzung der städtischen

Straßenbahn erhalten. Auch den Mitgliedern des Armenpflegschaftsrates wurde die Vergünstigung zuerkannt.

Ein Techniker besoldeter Stadtrat. In Düsseldorf wurde zum ersten Weigerordneten an Stelle des verstorbenen Dr. Wülfing Weigerordnete Waurat Gause gewählt, der seit 1900 in Diensten der Stadt Düsseldorf steht.

Oberbürgermeister Cuno in Hagen, der bekannte völksparteiliche Parlamentarier, hat, da bei der Neuwahl des Oberbürgermeisters eine starke Minorität gegen seine Wiederwahl war, heute den zweiten Bürgermeister benachrichtigt, daß die Stadtverordneten mit ihm in Unterhandlungen treten möchten wegen seiner Verehrung in den Ruhestand.

Sozialdemokratische Stadtverordneten-Vorsteher. Die Stadtverordneten in Dessau wählten den fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Cohn zum Vorsteher und den Sozialdemokraten Deiß zum stellvertretenden Vorsteher. Der bisherige Vorsteher, Landtagspräsident Geheimrat Dr. Döring (natl.), unterlag. — In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Kiel wurde der Genosse Rindfleisch zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Ein Zweckverband gegen die Sozialdemokratie. Jeder Tag zeitigt neue Methoden und neue Versuche, die Sozialdemokratie zu vernichten. Jetzt ist wieder für Groß-Berlin ein Unternehmen ins Leben gerufen worden, von dem seine Gründer sich jedenfalls allerlei versprechen. Es ist ein sogenannter Bürger-Verein, der ausschließlich auf kommunalem Gebiet seine Tätigkeit entfalten will.

Es kann also eine blinde Frau mit dem Krüdstock fühlen, worauf es hinaus soll, aber die Sozialdemokratie, die schon so manche Fährlein gegen sich hat erühen sehen, wird am Ende wohl auch mit der neuesten Gründung des betrieblichen Herrn Leidig fertig werden.

Werbt neue Abonnenten für den Volksfreund!

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Buchbinder in Mainz. Von allen Großstädten hat Mainz in den Buchbinderbetrieben wohl die schlechtesten Löhne; betragen doch die Wochenlöhne für Gehilfen bis 15 Mk. Derab. Besonders schlecht sind die Lohnverhältnisse, weil übermäßig Arbeiterinnen beschäftigt werden, die Arbeiten verrichten, welche anderwärts nur von Gehilfen ausgeführt werden.

Aus dem New-Yorker Polizeijumpf.

Die naiven Gemüter, die in ihrer Leichtgläubigkeit wohnen, daß mit der Verurteilung des Polizeileutnants Charles Becker zum Tode und mit der Wloßstellung des Plünderbundes besterger Polizeikanten und verbrecherischer „Sicherheits“-Beamten der in der ganzen Welt berüchtigten Korruption der New Yorker Polizei der Todesstoß versetzt worden sei, sind aus allen Himmeln gefallen.

Der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband. Da im Schmiedeverband seit langer Zeit eine Stimmung gegen den Uebertritt zum Metallarbeiterverband vorhanden war, so wurden Nachrichten verbreitet, wonach eine größere Anzahl von Mitgliedern nicht in den Metallarbeiterverband, sondern in andere, vornehmlich gewerkschaftliche Verbände übergetreten sein sollten.

Zum christlichen Gewerkschaftsleiter, resp. zur Stellung der Protestanten in den christlichen Gewerkschaften, äußert sich in der „Christlichen Freiheit“ (6. Januar 1918) der bekannte gemäßigtere Pfarrer Traub. Er schreibt: „Die tranrigste Rolle in der ganzen Sache spielen die evangelischen Mitarbeiter der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Arbeitsordnungen. Durch die §§ 133h und 134a der Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 wurden alle gewerblichen Betriebe, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, kraft Gesetzes ohne weiteres verpflichtet, eine Arbeitsordnung zu erlassen.

Soziale Rundschau.

Die meisten Prostituierten waren Sadnerinnen, die vier bis fünf Dollars die Woche verdienen, von diesem Hungerlohn nicht leben konnten und daher ihre Reize zunächst an einen Freund veräußerten, befürdete Frau Goode vor der Circa-Kommission. Ueber diese Aussage geht unsere bürgerliche Presse schamhaft mit Schweigen hinweg.

Die ins Detail gehenden und ersichtlich wahren Angaben werden durch eine Reihe teilweise völlig einwandfreier Zeugen bestätigt. Nicht zum Trist gehörige Bordellwirte laten sich zusammen, um durch Belanngabe des Tatbestandes der Tributpflicht an die Polizei ledig zu werden.

Aus dem Lande.

Sttingen.

Sozialdem. Verein. Auch an dieser Stelle machen wir unsere Mitglieder auf die am Sonntag, 12. Januar, nachmittags 8 Uhr, in der „Blume“ stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Es darf wohl erwartet werden, daß die bevorstehenden Wahlkämpfe auch die bis jetzt Säumigen ausfinden und ihnen zum Bewußtsein bringen, daß es Pflicht eines jeden ist, die Parteiveranstaltungen zu besuchen. In der Generalversammlung wird auch die sozialdem. Bürgerauschussaktion Bericht erstatten.

Anmeldung zur Stammliste. Zur Anmeldung sind verpflichtet: Alle Deutsche, welche im Jahre 1913 das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, also im Jahre 1893 geboren sind; alle früher geborenen Deutschen, über deren Dienstpflicht noch nicht endgültig durch Ausschließung, Ausmusterung, Heberweisung zum Landsturm, zur Ersatzreserve oder Marineersatzreserve oder durch Ausschließung für einen Truppen- oder Marinezettel entschieden ist, sofern sie nicht durch die Ersatzbehörden von der Anmeldung ausdrücklich entbunden oder über das Jahr 1913 hinaus zurückgestellt werden.

Die Anmeldung hat vom 15. Januar bis 1. Februar zu geschehen, sie soll enthalten: Familien- und Vornamen des Pflichtigen, dessen Geburtsort, Geburtsjahr und -tag, Aufenthaltsort, Religion, Gewerbe oder Stand, sodann Name, Gewerbe oder Stand und Wohnort der Eltern sowie ob diese noch leben oder tot sind. Sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort erfolgt, ist ein Geburtszeugnis vorzulegen. Bei wiederholter Anmeldung müssen die Lösungsscheine zur Vorlage kommen.

Bruchsal.

Die Sprechstunden des Arbeitersekretariats finden jeden Montag, abends von 7 bis 8 1/2 Uhr, im Nebenzimmer des Gasthauses zur „Blume“ statt.

Einigen Protest gegen die Aufhebung der Bahnbauinspektion erhob in einer gut besuchten Versammlung der Grund- und Hausbesitzerverein Bruchsal. Nachfolgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die in großer Anzahl versammelten Teilnehmer an der vom Grund- und Hausbesitzerverein veranstalteten öffentlichen Versammlung im Hotel Krüger dahier, nimmt mit Bedauern Kenntnis von der erfolgten Aufhebung der hiesigen Bahnbauinspektion, welche Tatsache als eine schwere Schädigung des Hausbesitzes, wie auch des gesamten wirtschaftlichen und geschäftlichen Lebens der Stadt Bruchsal empfunden wird. Die Versammlung richtet an die Stadtverwaltung die dringende Bitte, mit Hr. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen umgehend in Verhandlung treten zu wollen, welche die Aufhebung genannter Stelle wieder rückgängig machen, oder wenn dies nicht mehr angängig, den Ausfall durch Zuteilung anderer Staatsstellen, die einen vollwertigen Ersatz bilden können — mindestens ähnlich wie dies für Rastatt geschehen — bezuenden sollen.“

Für den Grund- u. Hausbesitzerverein: Rott, Dorf. Hausbesitzerverein sowie die Handelsgesellschaft Bruchsal ihre Unterschrift zu dieser Resolution in Aussicht gestellt.

Rastatt.

Gewerkschafts-Massenball. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates wurde beschlossen, am Montag, 3. Febr., abends 8 Uhr im Saale des Gasthauses zum „Anker“ einen „Marsch der 11“ abzuhalten und werden hierzu Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. ausgegeben werden, welche bei den Kartellbegleitern sowie im Gasthaus zum „Anker“ zu haben sind. Da dieselben in nur beschränkter Zahl angefertigt wurden, sind dieselben nahezu vergriffen und muß jeder, welcher noch eine Eintrittskarte haben will, dazuhin.

Offenburg.

Sozialdemokratischer Verein. Die heutige Parteiversammlung muß gut besucht werden, indem ein Vortrag über „Moderne Jugendpflege“ gehalten wird. Es ist zu erwarten, daß sich die Genossinnen und Genossen, auch die Gewerkschaftler, zahlreich einfinden.

L. Diebold verhaftet. Der mit 10000 Mark Versicherungsgelder durchgebrannte Defraudant Diebold soll in Berlin verhaftet worden sein. Von dem mitgenommenen Gelde ist natürlich nichts mehr vorhanden. Diebold will daselbe in Spekulationen verloren haben.

Schwetzingen, 10. Jan. Gestern entwendete ein 13 Jahre alter Bollschilder im Wartesaal des Bahnhofs einem auswärtigen Manne, der auf der Bank eingeschlafen war, aus der Tasche Bargeld im Betrage von 426 Mk. Der Jungenernte rief darauf und schied sich in der Nacht unbehindert in einen Kasten, auf dem Nebengleise lebenden Personenzug in einem Wagen verbrachte er die Nacht. Heute früh wurde in Pöggstübel der Junge, der, auf einem Dampfloch liegend, die Nacht dorthin als blinder Passagier mitgemacht, von Arbeitern entdeckt, wieder hierher zurückgeführt und in polizeiliche Obhut genommen.

Biesingen, 10. Jan. Aus dem Redar wurde gestern eine nackte Kindesleiche gefunden. Am Hals und Beine des Kindes war eine Schnur gebunden, an der möglicherweise ein Stein befestigt gewesen war. Unzweifelhaft liegt ein Verbrechen vor.

Gaggenau, 10. Jan. Es sei auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß der Volkshilfsverein für Gaggenau und Umgebung sich konstituiert hat. Neben einer gut eingerichteten Bibliothek von ca. 400 Bänden ist auch eine Lesehalle errichtet, worin Tagesblätter jeglicher Richtung, auch Monats- und Wochenblätter auflegen. Der Jahresbeitrag beträgt 1 Mk. Die organisierten Arbeiter werden ersucht, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen.

Ottensau, 10. Jan. Der Schlosser M. Engelhardt warf gestern nach einem kurzen Wortwechsel dem gleich ihm in den Benzwerken beschäftigten Tagelöhner A. Staub aus Staufenberg ein schweres Eisenstück an den Hinterkopf. Staub erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch und brach bewußtlos zusammen. Er wurde noch während der Nacht nach Gernsbach in das Krankenhaus verbracht.

Weil (Amt Herbach), 10. Jan. Morphiumergiftung. Einem Dienstmädchen von hier, das von Krämpfen befallen wurde, verordneten zwei von der Dienstherrenschaft herbeigezogene Ärzte Morphiumeinspritzungen. Am folgenden Mor-

gen fand man das Mädchen tot im Bette. Das Bewußtsein hatte es nach den Morphiumeinspritzungen nicht mehr erlangt.

Walbschut, 10. Jan. Beim Gesteinsprengen im Albtal wurde ein prächtiger Ammonit zutage gefördert. Es ist das eine versteinerte mit tonigen Bindemitteln in Quarzsteinen eingebettete Tintenschnecke.

Walbschut, 10. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde gestern abend der 15 Jahre alte Weberlehrling A. Probst aus Wald, Kanton Zürich, verhaftet. Der junge Mann hatte seinem Vater 250 Frs. entwendet und wollte damit verdulden. Seine Festnahme erfolgte in dem Augenblicke, als er sich eine Fahrkarte nach Hannover lösen wollte.

Konkanz, 10. Jan. Gestern wurden hier zwei Sachcharinschmuggler verhaftet, die 24 Kilo Süßholz bei sich führten.

Vom Schwarzwald, 10. Jan. Gegenwärtig herrscht auf dem Schwarzwald ziemliche Kälte. Das Thermometer steht unter Null und sinkt nachts auf 8 bis 10 Grad Kälte. Die Schneeverhältnisse sind für die Winterportler ungünstig. Nach dem Barometerstand scheint eine Witterungsänderung, die den ersehnten Schnee bringt, nicht zu erwarten zu sein.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 11. Jan.

d. Die Bürgergesellschaft der Südstadt

hatte auf gestern abend in den „Ring Ludwig“ eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich mit der Frage der Erbauung einer elektrischen Straßenbahn durch die Ruppurrstraße befaßte und die gut besucht war. Der Referent des Abends, Herr Merkle, betonte gleich eingangs seiner Ausführungen, daß es nicht Zweck der Versammlung sein sollte, zu dem „alten Projekt des Oberbürgermeisters“ Stellung zu nehmen, sondern man solle sich nur mit der Erbauung einer elektrischen Straßenbahn in der Südstadt beschäftigen. Der Oberbürgermeister habe schon vor Jahren auf eine Eingabe der Bürgergesellschaft der Südstadt geantwortet, daß es auch seitens der Stadtverwaltung anerkannt werde, daß es ein Bedürfnis sei, in der Südstadt eine elektrische Bahn zu errichten. Aber in einer Sitzung im Jahre 1908 beschloß der Stadtrat, das Projekt zurückzustellen bis zur Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs. Die Erstellung der elektrischen Bahn in der Südstadt würde die Summe von rund 500 000 Mk. beanspruchen, so viel sei aber dem Stadtrat die Südstadt nicht wert, da sich die Bahn nicht rentieren würde. Wir würden uns einer schweren Unterlassungssünde schuldig machen, wenn wir uns mit diesem Zustand zufriedengeben würden. Schon seit mehreren Jahren ist der Südstadt versprochen worden, daß mindestens der Umbau der Ruppurrstraße und die Erbauung der elektrischen Bahn in derselben bis zur Eröffnung des neuen Bahnhofs fertig gestellt wäre. Aber jetzt, kurze Zeit vor der Fertigstellung des Bahnhofs, ist noch nicht die geringste Aussicht auf eine solche Vorlage, die sich mit dem Projekt beschäftigt, vorhanden.

Somit gut, auch wir können uns soweit mit den Ausführungen des Herrn Merkle im großen und ganzen einverstanden erklären, die Leiter des „Volkstreu“, die Arbeiter und Mieter überhaupt wird es aber weiter interessieren, daß nach Aussage des Herrn Merkle die Miete in der Südstadt höchstens zwei Drittel dessen beträgt, was die Hausbesitzer in den anderen Stadtteilen an Miete einnehmen. Die Herren Bürgergesellschaftler haben damit die wahre Ursache ihres fortigen Auftretens gegen die Stadtverwaltung enthüllt. Es ist übrigens bemerkenswert genug, daß die Herren von der Südstadt sich als Referenten ausgedrückt den Vorstehenden des Grund- und Hausbesitzervereins bestellt hatten.

Es sprachen weiter noch ein Vertreter der Altstadt, Herr Reeb, und ein Vertreter der Altstadt, Herr Leiser, die sich im Sinne des Referenten äußerten. In der Diskussion sprachen die Herren Stadtverordnete Jakob und Herr Redakteur Binder von der „Badischen Landeszeitung“, welcher Letzterer auf dem Standpunkt steht, daß es nicht richtig ist, wenn gesagt wird, die Straßenbahn rentiere sich nicht. Es würden, wenn die Bahn gebaut ist, weitere Bevölkerungsteile, die heute gar nicht daran denken, mit der Straßenbahn zu fahren, die Gelegenheit, um mit der Bahn fahren zu können, freudig ergreifen. Weiter sprach noch Herr Stadtverordneter Treutle, der meinte, wenn Herr Stinnes den Herren auf dem Rathaus den Kopf verdrückt hat, es Sätze der Bürgergesellschaft sei, ihn wieder zurechtzuweisen. (Nach unserer Meinung, Red.)

In seinem Schlusswort betonte Herr Merkle noch, daß unter Straßenbahn gerade daran frant, daß es unrationell angelegt ist, denn vier Fünftel der Bewohner müssen der Straßenbahn überhaupt nicht bedienen und die übrigen müssen vorher weitere Strecken zu Fuß machen, um an die Straßenbahn zu gelangen. Bezüglich der Verschäderung der Straßenbahn meint Herr Merkle, daß die Herren Schudert und Konforter viel schäuer sind, als unsere Stadtverwaltung; er glaube aber, daß es nicht dazu kommen werde, daß die Stadt die Straßenbahn und das Elektrizitätswerk aufgibt. Er wendet sich in weiteren Ausführungen entschieden gegen die Verschäderung der städtischen Betriebe, die Argumente, die er dabei ins Feld führt, dürften so ziemlich alle von uns entlehnt sein, denn die meisten derselben sind von uns schon in der Presse und in der bekannten Versammlung in der Eintracht von Genossen Dr. Dieck in ausgiebiger Weise vorgebracht worden. Eine im Sinne des Referenten vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

Mary-Vorträge.

Der für den 14. Januar, also am kommenden Dienstag vorgesehene Vortrag fällt aus. Wir bitten die Teilnehmer, dies beachten zu wollen.

Die Karlsruher Besichtigungskommission in Essen an der Ruhr. Die zum Studium der Verkehrs- und Elektrizitätseinrichtungen in das Rheinland entsandte Kommission war gestern in Essen bei Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zu Gast.

Postverkehr. Bei den hiesigen Postanstalten wurden in der Zeit vom 16.—24. Dezember insgesamt 89 021 Pakete bearbeitet und vom 27.—31. Dezember insgesamt 1 035 242 Freimarken verkauft.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Friedr. Schindler Apotheke in Karlsruhe wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind in 14 Tagen dem Ministerium des Innern einzureichen.

Beschäftigungsgrad im Monat Dezember 1912 nach den Nachweisungen der Krankenkassen. Am 1. Januar 1913 hatten 23 Krankenkassen der Stadt Karlsruhe einen Bestand von 41 882 versicherungspflichtigen Mitgliedern (davon unter 16 050 weiblich) aufzuweisen. Das sind gegenüber dem 1. Dezember 1912 1618 männliche und 177 weibliche weniger, gegenüber dem 1. Oktober 1912 1622 männliche weniger und 625 weibliche mehr und gegenüber dem 1. Januar 1912 1703 männliche und 464 weibliche mehr.

Otto Ernst. Wir machen hiermit nochmals auf den morgen Sonntag, abends 8 Uhr, im Museumsaal stattfindenden Abend von Otto Ernst aufmerksam, zu dem die Karten noch in den

vor 11 Uhr und ab 1/8 Uhr an der Saalkasse zu haben sind.

Hugo Kander, dessen Klavierabend am Freitag, 17. Januar, im Museumsaal stattfindet, hat im September 1912 mit dem Philharmonischen Orchester in Berlin mit bestem Erfolg konzertiert, worüber eine Reihe von Kritikern nur Lobenswerdes berichteten. So sagte das „Berl. Tageblatt“: „Ich hörte das Es-dur-Konzert von Beethoven, in dem der Künstler eine solide Technik und merkwürdige Virtuosität mit der Klaviatur bebandelte. Er machte aber auch den Eindruck einer durchaus musikalischen Natur.“ — Der Künstler ist der Bruder eines hiesigen Arztes. — Der Vorverkauf der Eintrittskarten zu dem Klavierabend Hugo Kander ist in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Arbeiterbildungsverein. Am kommenden Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Hause des Vereins, Wilhelmstraße 14, der bekannte Pädagoge Herr Stadtschulrat Dr. Siedinger (Mannheim) über: „Aktuelle Fragen des großstädtischen Volksschulwesens“. Der Redner wird die neuesten Forderungen auf diesem Gebiete und unter anderem auch die viel erörterte Frage der „Arbeitschule“ behandeln. In den Vortrag soll sich eine Besprechung anschließen. Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste willkommen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Erste Kanarienvogel- und Kanarienzuchtverein Karlsruhe veranstaltet am 11., 12. und 13. Januar im Gasthaus zum „Grünen Berg“, Kaiserstraße 33, eine große Vogel- und Kanarienvogel-Ausstellung, die die im vergangenen Jahre abgehaltene gut gelungene Ausstellung noch übertreffen wird. Zur Ausstellung gelangen Kanarienvogel, präp. Vögel, Exoten, Käfige, Kanarienvogel und Futtermittel. Da die Ausstellung infolge ihrer Mannigfaltigkeit für Alt und Jung sehr lehrreich ist und der Eintrittspreis nur 20 Pf. beträgt, können wir den Besuch der Veranstaltung jedermann empfehlen. Die Vereinsleitung hat sich gerne bereit erklärt, Auskunft über Pflege und Fütterung der Tiere zu geben.

Ein **Afrikanerdorf** hat zurzeit in den Räumen des Kolonialwarenhandels, Gartenstraße, seine Zelte aufgeschlagen. Ein buntes, lebhaftes, für jeden Besucher interessantes und der Belehrung dienliches Leben und Treiben spielt sich in diesem Dorfe ab. Das Dorf zählt etwa 60 Einwohner, Männer, Frauen und Kinder, deren Heimat Senegal ist. Der Besucher wird mit all den Bräuchen und Sitten dieses Regenschlammes bekannt gemacht. Unter den eigenartigen Klängen eines trommelähnlichen Instruments führen die kriegerischen phantastischen Tänze auf. In den verschiedenen Hütten zeigen die Handwerker ihre Künste, es ist erstaunlich, welche kunstvolle Arbeiten diese Leute mit den primitivsten Hilfsmitteln herstellen können. Wir sehen einen Goldschmied, einen Schmied, einen Weber, emsig hämmern, schupfern und am Wehrstuhl sitzen, damit ihnen die Zeit rascher vergeht und sie sich nicht langweilen, wird ihnen eine musikalische Unterhaltung von zwischen den Hütten sitzenden Stammesgenossen geboten. Auch eine Schule und eine Moschee treffen wir an. Ein Besuch dieser interessanten Schau kann jedermann empfohlen werden.

Die erste Damen- und Fremdenitzung der „Kassalla“ findet morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im „Röhren Krug“ statt. Die karnevalistischen Sitzungen der „Kassalla“ haben sich schon seit Jahren wegen ihres außerordentlich humorvollen und gemächlichen Verlaufs eines überaus großen Erfolgs zu erfreuen. Auch in diesem Jahre ist es dem Zufall gelungen, nur allereifere Kräfte für diese Sitzung zu gewinnen. Auch weist das Lieberbuch fast ausschließlich nur satirisch-humoristische, aktuelle Ereignisse beleuchtende Lieder auf. Wer sich also einmal tüchtig auslachen und einige vergnügliche Stunden verleben will, gehe morgen in den „Röhren Krug“. Der Eintrittspreis ist so niedrig gestellt, daß es jedermann möglich ist, sich diesem Genuße hinzugeben. Der darauffolgende Tanz ist frei. Kein Bierausschlag!

Der Sängerbund „Vorwärts“ veranstaltet morgen mittag in sämtlichen Sälen des großen Südstadt-Etablissements „zur Bahalla“ eine „Große Damen- und Fremdenitzung“. Das Programm ist ein ungemein reichhaltiges und humorvolles, eine Reihe anerkannter erster Bühnenredner werden mit ihren urkomischen Vorträgen zur Sebung der Stimmung beitragen. Der Eintritt ist für Mitglieder und deren Angehörige frei.

Lichtspiele. Das heutige Programm der Lichtspiele, Herrensstraße, ist wirklich anerkennenswert. Von den gut gewählten Dramen wollen wir vor allen Dingen das mit dem Titel „Auf falscher Bahn“ erwähnen, welches eine tiefe Moral enthält. Es zeigt sich auf diesem Lebensbilde, was wahre innige Liebe bedeutet, wie dieselbe über alle Vorurteile hinwegkommt, und das wahre Glück auch in der Hütte wohnen kann. Der Film an und für sich ist in bezug auf Schönheit der Szenarien und spannend padendes Spiel der handelnden Personen kaum zu überbieten. „Gerechtigkeit siegt“, ein Drama aus dem Zirkus- und Artistenleben, ist ein Meisterwerk der Filmkunst, und das Drama „Mittelfeuer“ zeigt uns in realistischer Weise die Ergebnisse eines Schiffbrüchigen. Die übrigen interessanten und humorvollen Programmnummer sorgen bei uns für Abwechslung der Stimmung der Zuschauer. Die ausgezeichnete musikalische Illustration sei besonders hervorgehoben. (Siehe Inserat!)

Neues vom Tage.

Selbst gestellt.

Augsburg, 10. Jan. Der vor einiger Zeit aus Mindelheim in Baden verschwundene Bankier Schellhorn stellte sich heute der Staatsanwaltschaft in Remmingen. Er wurde wegen Betrugs und Unterschlagung in Höhe von 300 000 Mk. steckbrieflich verfolgt. Die Unterschlagung hat er bereits eingestanden.

Von der Spitzbergenexpedition.

Christiania, 1. Jan. Aus Spitzbergen war gemeldet worden, daß eine Expedition zur Rettung der Teilnehmer der deutschen Spitzbergenexpedition von Advent Bay nach Wijdebucht gehen werde. Daraufhin hat das Ministerium des Innern nach Spitzbergen telegraphiert, die norwegische Regierung garantiere die Ausstattungskosten einer derartigen Expedition. Auch der hiesigen deutschen Gesandtschaft stand das Ministerium in dieser Angelegenheit zur Seite. Die deutsche Regierung hat der norwegischen Regierung für die unternommenen Schritte ihren Dank ausgesprochen. Sachverständige bezweifeln es augenblicklich als unmöglich, von Norwegen eine Spitzbergenexpedition anzufenden.

Posträuber.

Palermo, 10. Jan. Vier maskierte Räuber haben auf der Bergstraße von Trabani nach Raceto das Postautomobil angehalten. Die Räuber zwingen die 20 Insassen des Autos, ihnen ihre ganze Habe auszuliefern und nachher sämtliche Geldbriefe der Post mit sich.

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 11. Jan. A. 30. Neueinstudiert: „Solberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Paul Heyse. Anfang 7, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 12., nachm. 4 1/2 Uhr, für den Verein Volkshilfs- „Sergottsmusikanten“, Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Serzop. Anfang 7 1/2, Ende 4 Uhr.

Abends 8 Uhr. C. 30. „Ariadne auf Naxos“, Oper in 1 Akt von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauss, zu spielen, nach dem „Bürger als Edelmann“, des Molliere. Anfang 6, Ende 4 1/2 Uhr.

Montag, 13. Jan. A. 31. „Ein Waffengang“, Lustspiel in 3 Akten von Oscar Blumenthal. Anfang 7 1/2, Ende gegen 10 Uhr.

Der Balkankonflikt

Türkische Kriegsdrohungen.

Konstantinopel, 10. Jan. Die türkische Presse besteht einmütig auf dem Besitz von Adrianopel und betont, die Türkei müsse den Krieg möglichst zeitig genug wieder aufnehmen, falls der Schritt der Mächte auf die Abtretung Adrianopels abzielen sollte.

Gärung im Lager der Türken.

Konstantinopel, 10. Jan. Die Gärung im Tschatalbidscha-Lager gibt zu Besorgnissen Anlaß. Kaum war es dem Kriegsminister gelungen, die beiden feindlichen Offizierskomitees zu versöhnen, als beide gemeinsam durch ein Manifest aufforderten, entweder den Krieg fortzusetzen oder abzudanken. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere demonstrierten mit lauten Rufen: „Wir wollen nicht im Regen, Schnee und Morast liegen bleiben und verkommen, sondern kämpfen.“ Mit Mühe gelang es Nafim Pascha, die Truppen durch eine Ansprache zu beruhigen. Sie würden in einigen Tagen entweder vormalisieren oder heimkehren. Die Regierung denke nicht an die Preisgabe Adrianopels.

Aus dem eingeschlossenen Adrianopel.

Konstantinopel, 10. Jan. Die Blätter „Fidam“ und „Sabah“ veröffentlichten Telegramme ihrer Korrespondenten in Adrianopel, wonach die Lage der Festung gut und der Geist der Truppen ausgezeichnet ist. Die Verteidiger entbieten ihren Landsleuten Grüße.

Die Londoner Konferenzen.

London, 11. Jan. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Am 13. Januar wird eine weitere Zusammenkunft der Boten der vier Mächte stattfinden. Der nächste Schritt ist die Vorlegung der von den Mächten beschlossenen Kollektionnote in Konstantinopel, die noch vor dem 13. Januar erfolgen dürfte. Ueber die nächste Zusammenkunft der Friedenskonferenz läßt sich mit Bestimmtheit nur so viel sagen, daß eine weitere Zusammenkunft nicht unmöglich ist. Die Delegierten der Balkanstaaten waren bis abends ohne Nachricht darüber, daß die türkischen Delegierten abberufen werden sollen. Die Mächte bemühen sich noch, der Türkei ihren guten Rat zu geben. Wenn jedoch die türkische Mission abberufen wird, so kann dies nur einen Bruch bedeuten.

Letzte Nachrichten.

Ein konservativer Präsident der zweiten württembergischen Kammer.

Stuttgart, 10. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer vereidigte zunächst der Alterspräsident Tauscher (Soziald.) die sozialdemokratischen Abgeordneten.

Das Haus trat sodann in die Wahl des ersten Präsidenten ein. Abgegeben wurden 90 Stimmen; davon entfielen auf den konservativen Abgeordneten Kraut 45 Stimmen, auf Konrad Hausmann (Volksp.) 32 Stimmen, auf Dr. Sieber (natlib.) 9 Stimmen und auf die Abgeordneten v. Kiene (Zentr.), Diecking und Wieland (Volksp.) je eine Stimme. Ferner wurde ein weißer Stimmzettel abgegeben.

Der Alterspräsident glaubte, daß ein zweiter Wahlgang notwendig sei, worauf die Abgg. Gröber und Hausmann feststellten, daß der weiße Zettel unzulässig sei und daß somit Kraut die zur Wahl nötige absolute Mehrheit besitze.

Nachwahl in Bingen-Alzey.

Darmstadt, 10. Jan. Dr. Becker hat, wie dem „Tägl. Anzeiger“ aus Bingen gemeldet wird, sein von der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärtes Mandat niedergelegt.

Aus der Kommission für Erleichterung der fleischeinfuhr.

Berlin, 10. Jan. Die Kommission des Reichstags für den Entwurf über die Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr setzte ihre Beratungen heute fort. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine heftige Polemik gegen das Zentrum geführt, das bei der Vertretung der Regierungsvorlage blieb. Ein landwirtschaftliches Kommissionsmitglied der Fortschrittlichen Volkspartei wandte sich gegen die Nationalliberalen und verteidigte die freijünglichen Anträge, die dem Bundesrat nur eine Ermächtigung geben wollten, in Notfällen die Zölle aufzuheben. Die sozialdemokratischen Anträge betreffen die Einfuhr von Gefrierfleisch hält er für ergänzungsbedürftig. Die Mitglieder der Volkspartei beantragten deshalb, der Regierung betreffend die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Einfuhr von Gefrierfleisch nicht ohne innere Organe, die Voraussetzung hinzuzufügen: „sofern in dem Produktionsland eine den in Deutschland geltenden Bestimmungen entsprechende Untersuchung des zur Einfuhr nach Deutschland bestimmten Fleisches durch deutsche beamtete Tierärzte gestattet wird“. Ein Vertreter der Konservativen machte längere Ausführungen über die deutschen und englischen Arbeitslöhne und vertrat die Auffassung, daß die bessere deutschen Löhne dem deutschen Zolltarif zu danken seien. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß der äußerste Termin für die Zollerleichterung auf Fleisch und Vieh der 31. März 1914 bleiben müsse. Sollte in der Zwischenzeit genügender Auftrieb im Inland möglich sein, so würden die Zollerleichterungen auch schon früher aufgehoben werden.

Vermehrung der Reichsbanknoten?

Berlin, 9. Jan. In der Budgetkommission des Reichstags erklärte Reichsbankpräsident Savenstein: Die Bestimmung, kleine Noten nur bis zu 300 Millionen auszugeben, hat sich als Fessel bewiesen, die sobald wie möglich beseitigt werden sollte. Es sei nötig, den Goldbestand der Reichsbank weiter zu vermehren, so lange nicht der ewige Frieden gesichert sei; deshalb sollten die Noten vermehrt werden. Die Wirren auf dem Balkan hätten hohe Anforderungen an die Bank gestellt und manche Kreise seien von einer Panik ergriffen worden, so daß vom September bis Dezember die Bank 507 Millionen Goldmünzen und Noten gegen 55 Millionen in früheren Jahren habe zur Verfügung stellen müssen. Durch größere Verwendung von Note und Silber in Industrie und Landwirtschaft könne der Goldschatz gesichert werden.

Schreckliche Menschenmetzereien in China.

Schanghai, 10. Jan. Briefe der katholischen Mission in Saining (Provinz Kwangsi) schildern die grausame Tötung von 39 Ausländern auf Befehl der Provinzbehörden. Die katholischen Pater suchten um die Erlaubnis nach, auf eigene Kosten Zufluchtsstationen für die Ausländer zu errichten. Die Behörden erteilten scheinbar die Genehmigung, ließen aber vor der Stadt eine Grube graben, ihren Boden mit Holz bedecken und nachdem sie das Holz angezündet hatten, die Ausländer mit dem Bajonett in die Grube hineintrreiben, wo sie in den Flammen umkamen. Den Ausländern wurden Verbrennen vorgeworfen, ohne daß dem Gericht Beweise vorlagen.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Newyork, 10. Jan. Aus Mexiko wird amtlich gemeldet: Am Dienstag griffen die Rebellen die 25 Meilen von der Hauptstadt entfernte Stadt Ayoquingo an und zerstörten sie. Von der 18 Mann starken Besatzung entkamen nur zwei, die andern wurden getötet. Zwanzig Mann, die von der Regierung zu ihrer Unterstützung abgeschickt wurden, wurden aufgerieben, ebenso weitere Hundert. Die Gesamtzahl der Rebellen soll sich auf 800 bis 1000 Mann belaufen. Die Einwohner der Stadt sind unversichert. Die Regierung hat weitere Verstärkungen gefordert.

Wasserstand des Rheins.
Schifferinsel 1.08 m, gef. 2 cm, Rehl 1.99 m, gef. 6 cm, Maxau 3.58 m, gef. 4 cm, Mannheim 2.88 m, gef. 8 cm.

Briefkasten der Redaktion.

R. R., Zürich III. In Karlsruhe existiert nur eine Zuschneideschule für Damen. Vielleicht wenden Sie sich nach Frankfurt a. M. an die Zuschneideschule Martens für Herren. Bülhertal. Ein Kaiserdenkmal hat Mannheim schon. Ein zweites wird es wohl kaum nötig haben. Dagegen soll dort ein Großherzogdenkmal errichtet werden, das Architekt Schmitz-Berlin zur Ausführung erhielt. Die Arbeiten sind noch nicht ausgeführt.

Briefkasten der Knallerbs.

R. hier. Inzerat Sagsheim bei Mindfeld erscheint. Das andere nicht verwendbar.
E. W. hier. Nicht brauchbar, da kein allgemeines Interesse.
R. R., hier. Nicht brauchbar.
Nr. 99. Nicht brauchbar. Man weiß nicht, was es bedeuten soll.
F. A. Durlach. Desgleichen.
Sohnwetter Nach. Sprechen Sie vor.
Rufheim. Wir nehmen gerne etwas von dort. Aber es muß humoristisch abgefaßt und für eine Faschingszeitung geeignet sein. So geht es nicht. Vielleicht lassen Sie die Sache von einem andern behandeln.



Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Steinmetzen-Zahlstelle.) Heute abends 8 Uhr im Vereinslokal (Helgoland) Generalversammlung. Es ist jedes Kollegen Pflicht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. 4644 Der Vorstand.
Karlsruhe. („Vasallia“.) Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Damen- und Fremdenitzung im „Röhlen Krug“. Eintritt 30 Pf. Mitglieder haben freien Eintritt. Kein Bieraufschlag. 4668
Karlsruhe-Mühlburg. („Bunderbund“.) Morgen Sonntag abends von 6 Uhr ab gemütliches Beisammensein bei Mitglied Wächter zum „Freischütz“. 4647
Gaggenau. (Wahlverein.) Dienstag, 14. Jan., abends halb 9 Uhr, Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 4646 Der Vorstand.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Sonntags- und Feiertags-Verwaltung Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Rabel; für die Inserate Karl Siegl; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: Hans Karl Heinrich, S. Louis Meinede, Unterzahlmeister. — Friedrich August, S. Christian Zeiler, Küfer. Hermann, S. Hermann Häbler, Kupfer.
Eheaufgebote: Herz Sufmann von Ostrog, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Johanna Fränkel von Ostrog. — Josef Jung von hier, Bierbrauer hier, mit Elisabeth Meier von Hagenbach. — Adolf Rauch von hier, Schlosser hier, mit Emma Wochard von Odenheim. — Jul. Walder von Eberstal, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Jung von hier.
Eheschließung: Ludwig Lepp von Weingarten, Postassistent hier, mit Elsa Deber von Rortland.
Todesfälle: Viktoria Klein, Nischenmädchen, ledig, alt 22 Jahre. — Edwin Wittmer, großh. Rechnungsrat, Chemann, alt 61 Jahre. — Franz, alt 5 Jahre, S. Franz Wepler, Gewerkschaftsbeamter. — Wilhelmine Keller, alt 66 Jahre, Ehefrau des Professors Dr. Ferd. Keller. — Luise Tritsch, alt 46 Jahre, Witwe des Landwirts Wilh. Tritsch. — Wilhelm, alt 9 Jahre 24 Tage, S. Peter Soinega, Ausläufer. — Johanne Jung-aberle, alt 81 Jahre, Witwe des Bahnmeisters Adolf Jung-aberle.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegen für Karlsruhe Prospekte des Reform-Delikatessenhauses C. Mauterer, Herrenstraße 33 in Karlsruhe, bei, worauf wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen. 4648

Für Durlach liegt unserer heutigen Nummer ein besonderes Blatt, eine Empfehlung der Parteiliteratur unseres Parteigenossen Karl Boshert, Auerstraße 3 in Durlach, bei, worauf wir unsere Leser hinweisen möchten. 4649

Fortsetzung unseres

Großen Inventur=Verkaufs

In allen Abteilungen

bedeutend herabgesetzte Preise.

Benützen Sie diese vorteilhafte Gelegenheit!

Spiegel & Wels.

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung.

Besonders billig!	Herren-Anzüge	in der Preislage bis	Serie A 29.50	B 36.00	C 45.00	D 52.00
		jetzt	17⁰⁰	23⁰⁰	29⁰⁰	36⁰⁰

Trotz der enorm billigen Preise doppelte Rabattmarken.

4689

Räumungs-Verkauf

In allen Abteilungen kommen zwecks vollständiger Räumung

ausserordentlich vorteilhafte Gelegenheitsposten
weit unter Preis zum Ausverkauf.

Grosse Kleiderstoffe Halbwollene Kleiderstoffe Meter jetzt **45** 65 95
75 bis 110 cm breit Wert: 75 bis 1.55

Reinwollene Kleiderstoffe Meter jetzt **85** 1.25 1.65
90 bis 110 cm breit Wert 1.25 bis 3.-

Blusenstoffe Meter jetzt **1.00** 1.50
reine Wolle Wert 1.90 bis 2.25

Seidenstoffe Meter jetzt **75** 1.25 1.65
Wert 1.50 bis 2.70

4 Serien schwarze, weisse und einfarbige Kleider-Stoffe für Konfirmation und Kommunion.
Serie I **75** Serie II **95** Serie III **1.30** Serie IV **1.80**

Einige Tausend Schürzen beste, waschechte Qualitäten, moderne Verarbeitung, je nach Preislage: Kinderschürzen, Bundschürzen, Blusenschürzen, Trägerschürzen, Reformschürzen, Kleiderschürzen etc.
40 **70** **95** **1.35** **1.90** **2.75**

Grosser Serien-Verkauf TRIKOTAGEN Erprobte Qualitäten, hervorragend, preiswert

Zum Aussuchen auf Extratischen angelegt.

Normalhemden	Serie I jetzt 90	II 1.30	III 1.80	Einsatzhemden	jetzt 1.25	1.75	2.25
Normalhosen	jetzt 95	1.35	1.90	Kinder-Trikotanzüge	jetzt 75	90	1.15
Unterjacken	jetzt 85	1.20	1.65	Knaben-Sweaters	jetzt 90	1.30	1.90

3 Serien Herren-Anzugstoffe deutsche und engl. Fabrikate Serie I **2.90** Serie II **4.50** Serie III **6.75**

1 Posten Anzugstoffe für Konfirmanden und Kommunikanten **2.50** **3.25** **4.75**

Auf alle nicht zurückgesetzten Preise

10 bis 30 Prozent Rabatt.

W. Boländer
Karlsruhe Kaiserstr. 121

Auf alle nicht zurückgesetzten Preise

10 bis 30 Prozent Rabatt.

Brauerei Hensle, Ettlingen.
Morgen Sonntag
Streich-Konzert
wogu freundlichst einladet
Emil Zehle, Metzger und Wirt.

Abichlag!
Kartoffeln
prima Speiseware
Zentner **2.50** Mk.
frei Keller. 4586
Bucherer
Zähringerstr. 42/44 :: Tel. 392

Sehr vorteilhaftes billiges Möbelangebot!

Ich offeriere, solange Vorrat reicht, neue prima Möbel zu folgenden Ausnahmepreisen:

- Chiffoniere**, zum Abichlag, 110 cm br. Stück **Mk. 44.-**
- Bettlos** mit Spiegelauflage **43.-**
- Engl. schwere **Bettstellen** mit steifiger Matratze, Polster, Patentrost und Schonerdecke per Paar **52.-**
- Waschkommode** mit Marmor und Spiegel **140.-**
- Nachttische** mit Marmor **70.-**
- Berner Küchenschrank** und **Zimmerische** v. **Mk. 6.50** bis **16.-**

einen **Kosten Spiegel** von **Mk. 3.50** an, außerdem **Küchenschränke**, **Kücheneinrichtungen** sowie **kompl. Schlafzimmer** ebenfalls sehr billig. Ich habe nur prima gut gearbeitete Möbel und leiste für alles Garantie.

erner empfehle mein **großes Lager** in gut erhaltenen **gebrauchten Möbeln** aller Art, ebenfalls zu sehr billigen Preisen. Anricht ohne Kaufzwang gerne gestattet. 4629

D. Gutmann, Rudolfstraße 12.

Gelegenheitsangebot in Schallplatten!

Wir haben einen größeren Posten doppelseitig bespielter Schallplatten vorteilhaft erworben und verkaufen dieselben, solange Vorrat, das Stück zu **75 Pfg.**

Fahrradhaus „Frisch auf“
Adlerstr. 8. Tel. 3196.

Dr. med. Albert Kern
hat sich nach langjähriger Assistententätigkeit im Diakonissenhaus und Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus Karlsruhe als
Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe
niedergelassen und übt gemeinsam mit Herrn **Dr. Berberich** 4605
Praxis aus.
Karlstrasse 66, Karlsruhe Telephon 2698.
Sprechstunden: 1/3 bis 1/5 Uhr.
Krankenhausbehandlung eben beide nur im Diakonissenhaus und in Privatklinik aus.

Wolldecken Kamelhaardecken 4448
sind enorm billig abzugeben.
Kaiserstraße 133
1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstr. b. d. H. Kirche.
Maskenkostüm, ist billig zu verkaufen. **Waisenstr. 1a**, Stb. 5 St.
Bauernkostüm, schön, gut, bill. zu verk. oder zu verleben, zu erfragen **Leisenstr. 89**, Stb. 2. St.
Maskenkostüm, Schwedisch, noch neu, billig zu verkaufen. **Marienstr. 93**, Laden.